

**Bezugspreis:**  
Vierteljährlich 10.— M., monatlich 10.— M.  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezug: Vierteljährlich 10.— M., ein-  
zelne Ausgaben 1.— M. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Dänzig, das Saar- und  
Rheinland, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Oesterreich,  
Ungarn und Luxemburg 10.— M., für  
das übrige Ausland 12.— M. Post-  
bestellungen nehmen an Oesterreich,  
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-  
mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Woll und Feil“, der Unter-  
haltungsbeilage „Himmelt“ und der  
Beilage „Siedlung und Kleingarten“  
erscheint wöchentlich zweimal, Son-  
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die achtspaltige Hauptzeile  
kostet 500 M. „Kleine Anzeigen“  
das halbe Wort 100 M. (zu-  
willing zwei getrennte Worte), jedes  
weitere Wort 1.— M. Stellenanzeigen  
und Schlafstellenanzeigen das erste  
Wort 1.— M., jedes weitere Wort  
50 Pf. Worte über 15 Buchstaben  
zahlen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten Seite 3.— M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Leitungsaufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 4, abgegeben werden. Schluß  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Redaktion Vorwärts 15195-97  
Expedition Vorwärts 11753-54

Freitag, den 10. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-  
Abteilung Vorwärts 11753-54

## Oberschlesiens Leiden.

Die Stadt Tarnowitz ist von den Insurgenten besetzt worden. Der noch nicht von Polen besetzte Teil von Kattowitz wurde in der Nacht zum 7. Juni wüst beschossen. Ein Aufruhr der Kattowitzer Frauen schildert die furchtbaren Folgen der schon fünf Wochen dauernden Belagerung, besonders der Wasser- und Milchsperrung, für die Volksgesundheit und namentlich für die Säuglinge. In Hindenburg lehnte der französische Kreisinspektor den Empfang einer Abordnung ab, die gegen die Ausladung einer Kompanie Polen in der „neutralen“ Zone protestieren wollte. Immerhin wurde ihr Versuch, in Hindenburg einzudringen, wahrscheinlich von Franzosen vereitelt.

Mit einem Aufatmen begrüßen wir das angeblich schon erfolgte Einrücken der Engländer in Königs-  
hütte und, da die Polen vor den Engländern ausreißten wie Schafleder, können wir feststellen, daß die heute gemeldete Ablehnung eines polnischen Waffenstillstandsangebots durch General Henmiller nicht eine Fortsetzung, sondern eher ein Ende des Blutvergießens ankündigt. Die „Times“ nennt die Situation in Oberschlesien operettenhaft, der Uebergang der Städte aus französischer an polnische Herrschaft bedeute Mord, Raub und Plünderung.

Außer Kandrjin sind der Coseler Hafen, Ujest und Siawentz vom Selbstschutz zurückerobert.

Der Berliner Vertreter des Reuters-Bureaus erzählt, daß General Hoefler dem General Henmiller das endgültige Versprechen gegeben habe, er werde nicht vorrücken. Man ist in London der Ansicht, daß dieses Versprechen die Aufgabe der alliierten Truppen bei der Wiederherstellung der Ordnung in den Industriegebieten sehr erleichtern wird.

### Der englisch-französische Notenwechsel.

Paris, 9. Juni. (W.T.B.) Im Gegensatz zu den Morgenblättern gibt der „Temps“ in seinem Leitartikel folgenden Vermutungen über den Inhalt der gestern hier eingetroffenen englischen Note zu der Oberschlesischen Frage und der Antwort der französischen Regierung Raum. Danach teilt das englische Auswärtige Amt mit, daß es in Berlin durch Lord D'Albany habe wissen lassen, daß die Anwesenheit englischer Streitkräfte in Schlesien jeden Eingriff der Deutschen überflüssig mache. Andererseits verlange die englische Regierung, daß die Verbündeten unverzüglich strenge Maßnahmen ergreifen, um dem polnischen Aufstand ein Ende zu bereiten und daß die Anweisungen an General Le Rond eine kühnere Zusammenarbeit zwischen ihm und seinen englischen Kollegen sicherstellen. In ihrer Antwort sei die französische Regierung aus, daß sie ihrerseits nie geögert habe (?) in Oberschlesien alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Wiederherstellung der Ordnung beitragen könnten.

Diese letzte Versicherung der französischen Regierung wird am schlagendsten durch die Bekundung des französischen Genossen Caussy im „Populaire“ widerlegt, über die wir bereits im gestrigen Morgenblatt berichtet haben. Auch der zweite Artikel Caussys, der bereits auszugeweiht durch W.T.B. übermittelt wurde, liegt jetzt im Wortlaut hier vor. Wie uns Caussy mitteilt, ist die Angabe des Wolffs-Telegramms, wonach er berichtet hätte, es werde französischerseits einem jeden empfohlen, Korsantys zu besuchen, falsch. Wir haben uns unterdessen davon überzeugen können, daß ein solcher Satz in dem erwähnten Artikel tatsächlich nicht steht.

Am übrigen sind die Enthüllungen Caussys für die französischen Militärs in Oberschlesien so belastend, daß der Pariser W.T.B.-Korrespondent besser getan hätte, anstatt in seinem kurzen Telegramm unrichtige Angaben zu machen, einige weitere Tatsachen in richtiger Form zu übermitteln. Wir wollen zu dem zweiten Bericht unseres französischen Genossen noch folgendes nachtragen:

Der Berichterstatter stellt fest, daß die Franzosen auf der einen Seite mit den Insurgenten, die Engländer auf der anderen Seite mit der Orgeß (damit dürfte wohl irrtümlicherweise der Selbstschutz gemeint sein) verhandeln. „Und doch,“ fährt er fort, „gibt es einen Unterschied, nämlich, daß die Franzosen als erste intrigiert haben, um Oberschlesien den Polen in die Hände zu spielen.“ ... Die ganze Aktion der Engländer gehe dahin, einer vollendeten Tatsache zu widerstehen und bestimme namentlich darin, die deutsche Eisenbahnverwaltung in ihrem Bestreben zu unterstützen, den Zugverkehr zur Niederwerfung der Insurgenten zu hemmen. Dieses Mittel sei jedoch unwirksam, denn die Insurgenten erschließen alles, was sie wollen von Polen, dessen Grenze nur nach einer diplomatischen Fiktion geschlossen, in Wirklichkeit durch die französischen Behörden absichtlich offen gelassen werde. „Ein Offizier des französischen Stabes in Breslau hat mir gegenüber zugestanden, daß, wenn man die Polen bis ins Herz der Stadt habe vordringen lassen, bis zum Tor der französischen Kasernen, so nur, um ihnen den Gebrauch der Straße von Kogberg bis zur Grenze zu überlassen. Die ganze Aktion der Franzosen geht dahin, die vollendete Tatsache auszubauen.“

In dem Eisenbahnkonflikt zwischen der deutschen Verwaltung und Korsantys habe die französische Befehlsmacht die preußische

Verwaltung abgelehnt, und überall, wo es nötig sei, bemüht die Insurgenten die Bahnen unter dem Schutze französischer Posten.

So konnte ich im Bahnhof von Beuthen, den die polnischen Militärs während des ganzen Tages mit Ruß durchfahren, einen französischen Posten mit einer ausgiebigen Bewaffnung von Tants und Maschinengewehren sehen, die aber gegen die waffenlose deutsche Bevölkerung gerichtet waren.

Caussy bestätigt aus eigener Anschauung, daß die Lebensmitteltransporte, die Deutschland sich weigerte, abgeben zu lassen, von den Insurgenten beschlagnahmt wurden. Diese Tatsache wurde übrigens von den Franzosen nicht bestritten, aber durch „Mißverständnisse“ erklärt.

Um die Zurückdrängung der Polen durch den Selbstschutz bzw. durch die Engländer zu verhindern, hätten die Franzosen nicht nur die Schaffung einer deutschen Pufferzone empfohlen, sondern sie gingen so weit, wie er in Siawentz selbst beobachtet habe, sich zwischen Engländer und Polen dazwischenzusetzen.

„So stehen in jeder Hinsicht die Franzosen im Dienste der Insurgenten.“ Die Folge davon sei übrigens, daß die polnischen Nationalisten die Franzosen zum Korren hielten. In Kattowitz, wo ein verständiger französischer Kontrolloffizier, der beziehungsweise kein Berufsoffizier sei und der sich ausnahmsweise den polnischen Wünschen nicht füge und die Befehle des Bahnhofes nicht dulde, rächten sich die Insurgenten an der deutschen Bevölkerung, indem sie ihr die Wasserzufuhr abschneiden! (Inzwischen ist auch der Kattowitzer Bahnhof bekanntlich besetzt worden.) Daher sei dort das Verhältnis zwischen Polen und Franzosen gespannt und es sei sogar zu einer blutigen Schießerei zwischen beiden Parteien gekommen.

### Italiener schützen Ratibor.

Ratibor, 9. Juni. (W.T.B.) Der Magistrat der Stadt Ratibor sandte an die Interalliierte Kommission ein Telegramm, worin er fordert, daß der dauernden Verschleppung Ratibors durch die Befehle der polnischen Insurgenten sofort Einhalt getan werde. In der gestrigen Sitzung des Interalliierten Ausschusses zu Ober-Olgau verhandelten nach dem Hinweis des Vorsitzenden, Pfarrer Ullrich, Generalleutnant Hoefler und der anwesende Oberst Salvioni, bei der Interalliierten Kommission vorstellig zu werden, daß dem rücksichtslosen Treiben der polnischen Insurgenten entschieden entgegenzutreten werde. Wie der italienische Kreisinspektor, Major Inorea mitteilt, daß, falls die Stadt Ratibor weiterhin von polnischer Artillerie beschossen werde, die italienische Artillerie die polnischen Stellungen in Hohenbirten, Lubom, Siegn und anderen Orten vor Ratibor ebenfalls unter Feuer nehmen würde. Die Insurgenten gaben darauf das Versprechen, Ratibor nicht mehr mit Artillerie zu beschießen.

### Unterdrückung.

Oppeln, 9. Juni. (W.T.B.) Ähnlich. Der Kreis Rosenburg ist von polnischen Banden zum Teil geraubt worden. Die Ortschaften Coselwitz, Stronskau, Ostelitz, Schönwald, Bilsdorf, Drochow und Jastrowitz sind frei von Insurgenten. Bei Zembowitz infolge polnischer Angriffe Kämpfe. Amalienhof, Kaudorf und Pruskau wurden durch polnische Artillerie beschossen, ebenso im Kreise Ratibor Niedane. Ein von Lukaszyn vorstehender polnischer Panzerzug konnte außer Besatz gefeiert werden.

### Der Zwischenfall von Kalinow.

Paris, 9. Juni. (W.T.B.) Botschafter Dr. Wager hat mit dem Ministerpräsidenten Briand den Zwischenfall besprochen, der sich am Dienstag in Oberschlesien zwischen Truppen des Generals Hofer und einer französischen Patrouille ereignet hat. Der Botschafter sprach das Bedauern seiner Regierung über den Zwischenfall aus.

### Korsantysbanditen stürmen ein Gewerkschaftshaus.

Folgendes Protokoll ist am 12. Mai mit einem unserer Genossen in Hindenburg aufgenommen worden:  
Am 11. Mai gegen 7 1/2 Uhr abends umlagerten etwa 30 Mann das Gewerkschaftshaus. Vor dem Hause wurde ein Minenwerfer aufgestellt, und im Garten begann die handgranatenschießerei. Ungefähr 10 Mann drangen in das Gewerkschaftshaus, umstellten die Ein- und Ausgänge, mit großem Lärm fordereten sie, einzeln herauszukommen, durchsuchten uns nach Waffen und wir wurden in Gruppen zu 4 gestellt. Ungefähr dreieriertel Stunden fanden wir in Gruppen und nach dieser Zeit wurde alles nach dem Zehnhause geführt. In der Zeit wurden alle stark belästigt. Ausrufe wie „verfluchte Orgeßbanditen, alles wird heute niedergeschossen, ihr sollt erst sehen, bis ihr raus kommt“ ertönten. Ein französischer Offizier, der während der Episode herankam, sowie Brall, Jaborze, verhandelten. Im Zehnhause wurden alle von polnischen Apo-Beamten nochmal durchsucht, die Schriftstücke sowie Ausweise revidiert, und die Namen notiert. 11 Mann wurden als „gefährlich“ zurückgehalten. Während der Hausdurchsuchung sollte angeblich unter der Treppe eine Pistole mit 100 Schuß gefunden worden sein. Der sie hingehört hat, ist unbekannt. 6 Mann saßen heute, am 12. Mai, festgeschickt und die anderen 5 herausgelassen worden.

### Gewerkschaftsreise nach Oberschlesien.

Paris, 9. Juni. (W.T.B.) Der Kommission der Gewerkschaftlichen Internationale, die sich nach Oberschlesien begibt, um die politische Seite der schwebenden Frage zu studieren, wird für Frankreich u. a. auch Jouhaux angehören.

## Von der Justiz zur Gerechtigkeit

Die deutsche Rechtspflege steht in tieferem Mißkredit denn je. Daran trägt keine sozialistische Propaganda die Schuld, sondern die Rechtsprechung der Gerichte entfaltet selber die intensivste Agitation gegen sich, eine Agitation, die nur auf solche Gemüter unwirksam ist, die nicht fähig oder nicht willens sind, Tatsachen und Urteile miteinander zu vergleichen.

Die Erniedrigung der Justiz zur Dienerin rücksichtloser Interessen liegt auf der Hand. Aber nicht alle, die diese beklagenswerte Tatsache kritisieren, haben ein moralisches Recht dazu. Im Hauptauschuß des preussischen Landtags hielt zum Justizetat der Kommunist Kay eine Rede, aus der hervorging, daß die Kommunisten den Mißbrauch der Justiz nur verurteilen, weil sie selber ihn nicht ausüben dürfen. Kay kündete ganz offen an, daß die Kommunisten, wenn sie zur Macht gelangten, ihren Gegnern alles doppelt und dreifach heimzahlen würden, daß sie die Richter ins Gefängnis sperren würden, die heute die Arbeiter einsperren, daß die Kommunisten mit allen ihren politischen Gegnern kurzen Prozeß machen würden usw. Ja, als im Rechtsauschuß die Sozialdemokratie sich für eine wesentliche Einschränkung der Ausnahmejustiz einsetzte, da erklärte derselbe Kay von oben herab, die menschenwürdigen Politiker brauchten sich um die Opfer der Ausnahmejustiz nicht zu sorgen, die KPD werde in kurzer Zeit diese Opfer aus den Zuchthäusern befreien und statt dessen ihre politischen Feinde hineinpersperren. (Was übrigens die Kommunisten im Reichstag nicht gehindert hat, den sozialdemokratischen Anträgen zuzustimmen.)

Mit solchen Redereien wird der Kampf um eine wirkliche Verbesserung der Rechtspflege nur auf das empfindlichste geschädigt; denn die Anhänger der heutigen Klassenjustiz erhalten dadurch Gelegenheit, triumphierend zu verkünden: Seht, ihr selber wollt ja nur die Justiz zum Werkzeug eurer Politik machen!

Deshalb muß mit aller Schärfe betont werden, daß die Sozialdemokratie mit jenem kommunistischen Streben, den Mißbrauch der Justiz von rechts durch einen Mißbrauch der Justiz von links zu ersetzen, nicht das mindeste gemeinsam hat. Die Sozialdemokratie erstrebt die Befreiung der Rechtspflege von jedem Mißbrauch. Die kommunistische Anschauung, daß die Arbeiterklasse künftig genau so die Rechtspflege als vergiftete Waffe handhaben solle, wie die heutige Kapitalistenklasse, weisen wir als ungeistig und kulturwidrig in jeder Beziehung zurück. Wenn die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft gelangen wollte, um sämtliche Brutalitäten der früheren Herrschaftsklassen nachzuahmen, dann hörte die Arbeiterbewegung auf, ein Kampf um höhere, sittliche Kultur zu sein. Dann könnte niemand mehr mit sittlicher Begeisterung für die Arbeiterklasse kämpfen, sondern dann ließe sich die Arbeitersache nur noch mit jenem rein geschäftsmäßigen Interesse vertreten, mit dem etwa der Syndikus eines Hausbesitzervereins die Interessen seiner Mandanten vertritt. Die Kommunisten haben vollkommen Ferdinand Lassalle vergessen, der im „Arbeiterprogramm“ die Bewegung der unteren Klassen deswegen pries, weil sie „ihrer Richtung nach durchaus zusammenhängt mit der Entwicklung des gesamten Volkes, mit dem Siege der Idee, mit den Fortschritten der Kultur“.

Diesen Fortschritt der Kultur wollen wir Sozialdemokraten. Deswegen verworfen wir die Erhebung der heutigen Klassenjustiz durch eine ähnliche. Unser Ziel ist die Überwindung der niederen Kulturstufe der heutigen Justiz durch die höhere Kulturstufe, in der die Rechtspflege allein um des idealen Ziels der Gerechtigkeit willen da ist. Die Vorwürfe, die jüngst der Staatsanwalt (!) G. S. in der „Deutschen Tageszeitung“ erhob, die Sozialdemokratie wolle eine Not-Justiz, „die den Andersdenkenden um Ehre, Freiheit und Gut bringen soll, den Genossen aber auch bei Erpressung, Raub oder Mordmord schützt“, — diese Vorwürfe treffen uns nicht. Die Überwindung der heutigen niedrigen Kulturstufe der Justiz vollzieht sich Hand in Hand mit der Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Deshalb haben unsere Vertreter bei der Beratung des Justizetats im Hauptauschuß des preussischen Landtags es nicht allein bei scharfer Kritik der heutigen Rechtspflege bewenden lassen, sondern positive Vorschläge zu ihrer Verbesserung gemacht. Der tendenziöse Charakter unserer Arbeit beruht nicht auf moralischer Minderwertigkeit der einzelnen Richter, sondern er ist die logische und notwendige Folge der einseitigen Rekrutierung des heutigen Richterstandes aus kapitalistischen und reaktionären Kreisen. Nur diese einseitige Zusammensetzung des Richterstandes macht Urteile möglich, wie sie von den Genossen Heilmann, Ruttner und Dr. Kolenfeld in Rassen vorgetragen wurden. Nur sie erklärt es, daß beispielsweise massenweise in Hinterpommern Arbeiter, die dem Gutsbesitzer ein Schimpfwort zurufen, im öffentlichen Interesse“ angeklagt und verurteilt werden, während umgekehrt ein Rittergutsbesitzer, der den Gewerkschaftssekretär des Landarbeiterverbandes beschimpfte, freigesprochen wurde mit der Begründung, daß die Schimpf-

...worte zwar erwiesen sein, daß so etwas auf dem Lande aber üblich sei! Nur sie erklärt es, daß der beachtliche Behus, der zweimal öffentlich zur Ermordung politischer Gegner, darunter des berühmten Professor Einstein, aufgefordert hat, mit 1000 M. Geldstrafe davonkam. Nur sie erklärt es, daß die Staatsanwälte bei offenen Aufforderungen der Reaktionsäre zum Ungehorsam gegen die Gesetze, bei schweren Verleumdungen sozialistischer Minister durch deutsch-nationale Blätter in Untätigkeit verharren, während aus den wichtigsten Gründen gegen die sozialistische Presse eingeschritten wird. Nur sie erklärt die Sonderbehandlung angeklagter Hohenzollern vor Gericht; nur sie erklärt die Hartnäckigkeit, mit der heute noch Richter die Abnahme des Eides in nichtreligiöser Form trotz klarer verfassungsmäßiger Bestimmungen verweigern.

Die einseitige Zusammensetzung des Richterstandes ließe sich für die Zukunft überwinden, wenn der Weg zum Richteramt wirklich allen Bevölkerungskreisen offen stände, nicht bloß wie heute jenen, die die teuren Kosten der Ausbildung eines Richters tragen können. Dazu wäre die Einheitschule mit dem Aufstieg der Begabten notwendig, ferner die Ermöglichung des weiteren Studiums für diese Begabten, auch wenn sie über keine Mittel verfügen. Aber selbst wenn all dies schon geschaffen wäre, würde es noch Jahrzehnte dauern, bis auf diese Weise ein neuer sozial denkender Richterstand aus allen Bevölkerungskreisen geschaffen wäre. So lange aber können wir mit der Reform der Rechtspflege nicht warten. Deshalb haben unsere Genossen mit Unterstützung der Demokraten bei der Beratung des Justizetats folgenden Antrag eingebracht:

Der Ausschuss wolle beschließen: dem Herrn Justizminister aufzufordern, einen Plan auszuarbeiten, nach dem in Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes herbeizuführende und praktisch erfahrene Personen aus allen Kreisen des Volks durch Ablegung der Richteraffidavitprüfung die Befähigung zum Richteramt erlangen können, die nicht den bisher vorgeschriebenen Ausbildungsgang durchgemacht haben.

Dieser Antrag bezweckt, daß auch Personen, die durch ihren Beruf und ihre Tätigkeit in ständiger Fühlung mit der Rechtspflege stehen, aber nicht mehr ein dreijähriges juristisches Studium und drei- bis vierjährige Referendardienstzeit auf sich nehmen können, die Fähigkeit zum Richteramt künftig erlangen. Ramentlich wünschen wir, daß es auf diese Weise ermöglicht wird, befähigte Arbeitersekretäre zu Vollrichtern aufzurufen zu lassen. Die künftigen Richter werden sich zwar gegen das Eindringen dieses neuen Elements mit Händen und Füßen sträuben. Aber es gibt keine andere Möglichkeit, der jetzigen Justiz in kürzerer Zeit ihren einseitigen Charakter zu nehmen und die Rechtspflege aus einem Privileg der besitzenden Klassen in eine Einrichtung zu verwandeln, an der alle Bevölkerungskreise teilhaben. Erst wenn sie dies geworden ist, werden auch die Fehler der heutigen Rechtspflege und wird damit das Mißtrauen gegen die Justiz schwinden.

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses des Preussischen Landtages wurde die Beratung des Justizetats fortgesetzt. Am Mittwoch hatte der Deutschnationale Dr. Decker die Kritik des Genossen Heilmann an der Justiz mit dem spöttischen Hinweis auf die „paar Fälle“ abtun zu können geglaubt. Das veranlaßte Genossen Kuttner, die Ausführungen Heilmanns durch weiteres umfangreiches Material zu ergänzen, wobei sich auch Gelegenheit fand, andere reaktionäre Ausfälle Dr. Decker, wie z. B. seinen Kampf gegen die Zulassung der Frauen zum Richterberuf, in das rechte Licht zu stellen. Genosse Kuttner erwähnte auch die Hinrichtung des Massenmörders Schumann, der nach Fällung des Todesurteils noch volle neun Monate auf dessen Vollstreckung hat warten müssen. Der Justizminister Am Zehnhaß suchte dazutun, daß ihn an der Verzögerung keine Schuld treffe. Von den bürgerlichen Rednern gefand der

...Ten... Die Probe aufs Exempel. Die stinnesierie „Telegraphen-Union“ meldet aus Hamburg unter der tendenziösen Ueberschrift „Französische Schifane“: Vom Seefahrtsauschuss wird der Telegraphen-Union mitgeteilt: Am 6. d. M. hat der Bremer Dampfer Wigbert der Reederei Hamburg-Bremer Afrika-Linie den Hafen von Duala angefahren. Er ist am Landen und Löschen der Ladung von der französischen Behörde unter der Begründung verhindert worden, daß er die falsche Flagge führe; er müsse statt der reinen schwarz-weiß-roten Handelsflagge die neue Handelsflagge führen. Der Dampfer hat den Hafen von Duala wieder verlassen müssen, obwohl er für französische Rechnung geladen hatte.

### Die Probe aufs Exempel.

Die stinnesierie „Telegraphen-Union“ meldet aus Hamburg unter der tendenziösen Ueberschrift „Französische Schifane“:

Vom Seefahrtsauschuss wird der Telegraphen-Union mitgeteilt: Am 6. d. M. hat der Bremer Dampfer Wigbert der Reederei Hamburg-Bremer Afrika-Linie den Hafen von Duala angefahren. Er ist am Landen und Löschen der Ladung von der französischen Behörde unter der Begründung verhindert worden, daß er die falsche Flagge führe; er müsse statt der reinen schwarz-weiß-roten Handelsflagge die neue Handelsflagge führen. Der Dampfer hat den Hafen von Duala wieder verlassen müssen, obwohl er für französische Rechnung geladen hatte.

Gegen das Verhalten der französischen Behörden ist formal gar nichts einzuwenden. Erst kürzlich haben wir gegen den Vorsitzenden des Seemannsbundes Paul Müller unseren Standpunkt zu dieser Frage präzisiert. Paul Müller behauptete u. a. in seiner Zuschrift an uns, die neue durch die Verfassung vorgeschriebene schwarz-rot-goldene Flagge liefe Gefahr, vom Auslande als „Seeräuberflagge“ behandelt zu werden. Schon jetzt zeigt sich, wie recht wir hatten, als wir dieser unsinnigen Behauptung entgegentraten. Nicht die neue, sondern die alte Handelsflagge wird als „Seeräuberflagge“ behandelt. Es ist nur bedauerlich und für die deutsche Handelsmarine beschämend, daß diese erst ausgerechnet durch französische Behörden über ihre Pflicht belehrt werden mußte, die Weimarer Verfassung zu achten.

### Escherich gegen das Reich.

Seitdem die Reichsregierung in Erfüllung des angenommenen Entente-Ultimatums die Orgesch mit auf die Liste der aufzulösenden sogenannten „Selbstschutzzorganisationen“ gesetzt hat, wird der Kampf gegen die Reichsregierung von Bayern aus mit ganz besonderer Schärfe geführt. Um dem Widerstande gegen die Auflösung besonderen Nachdruck zu verleihen, machte Forstrat Escherich einem Vertreter der schwerindustriellen Scherpresse gegenüber Ausführungen, die sich nicht wie bisher darauf beschränkten, gegen die Reichspolitik zu protestieren, sondern die der Reichsregierung den offenen Krieg anboten. Escherich behauptet, die Entente besser zu kennen als die Reichsregierung — woraus man bei böswilliger Auslegung eigentümliche Schlüsse ziehen könnte — und bestreitet, daß der Druck der Entente so stark gewesen sei, um ihm in dieser Form nachzugeben. Ferner ist Escherich darüber empört, daß man ihm, bevor man seine Organisation auf die Auflösungsliste setzte, nicht um Erlaubnis gefragt habe und ihm auch keine Erklärung darüber abgab, weshalb sich die Reichsregierung genötigt sehe, gerade diese Organisation aufzulösen.

Die Orgesch behauptete bisher, eine private Institution „zum Schutz von Ordnung und Sicherheit“ zu sein. Hier enthüllt sich, was allen Einsichtigen schon längst klar war, daß Escherich seine Organisation als Staat im Staate anfieht, deren Wirksamkeit in der Öffentlichkeit auch öffentlich-rechtlich berücksichtigt und gewürdigt werden müsse. Bisher war es nicht üblich, sich mit den privaten Leitern einer

vereinsrechtlichen Vereinigung von Reich wegen in Verbindung zu setzen, und nach der These des Herrn Escherich müßte der Reichskanzler etwa auch mit dem Vorsitzenden eines Kriegervereins oder mit dem Bandenführer Hölz in Verhandlungen treten, wenn diese Aktionen unternähmen, die den Bestimmungen des Friedensvertrages zuwiderlaufen. Unter diesem Gesichtspunkt kann Escherichs Beschwerde über einen Mangel an Loyalität seitens der Reichsregierung nur als Dringlichkeit sondergleichen empfunden werden.

Zum Schluß seines Interviews ging Escherich zu offenen Drohungen über. Er erklärte, daß „die Herren sich auch dieses Mal verrechnen würden und daß er den zu treffenden Maßnahmen mit größter Ruhe entgegenfähe“.

Diese Ausführungen des Mannes, der dem Reich durch seine Organisation unabsehbaren Schaden eingetragen hat, werden der Reichsregierung den Beweis erbringen, daß der Orgesch gegenüber irgendwelche Rücksichtnahme nicht am Platz ist, daß ihr gegenüber vielmehr mit der gleichen Rücksichtslosigkeit verfahren werden muß, die die Orgesch bisher an den Tag legte. Die Reichsregierung kann der Ueberzeugung sein, daß sie bei einem festen und energischen Zupacken die Sympathien der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung auf ihrer Seite hat, die es endlich überdrüssig wird, sich durch eine verhältnismäßig geringfügige Organisation von Freischärlern dauernd beunruhigen und in ständigen Konflikt mit dem Ausland bringen zu lassen.

München, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der wegen Sprengung einer Gewerkschaftsvorstellung, Körperverletzung und Mißhandlung eines Gewerkschaftssekretärs seit 1½ Jahren von der Staatsanwaltschaft gefaschtes Leutnant Brand wurde soden nach wochenlanger Verhinderung der verschiedensten Waffen aus Bayern nach Tirol im Auftrag der Ordo von der Polizei in Rosenheim verhaftet. Er telephonierte vom Gefängnis aus das Einwohnerwehrkommando an und verlangte, daß das Kommando beim Justizministerium seine Freilassung durchsetze und seiner Mittelsperson in München mitteilen solle, daß er verhaftet sei. Auf telephonische Anfrage des Rosenheimer Polizeireferenten wurde diesem mitgeteilt, daß der gegen Brand erlassene Haftbefehl aufgehoben sei. Die Staatsanwaltschaft verfügte trotzdem die Inhaftierung.

### Dauerobstruktion in Braunschweig.

In der gestrigen Sitzung der Braunschweiger Landesversammlung sollte darüber abgestimmt werden, den Staatshaushaltsplan dem Finanzausschuss zur Vorbereitung zu überweisen. Eine Meldung des WTB. zufolge ergab sich wiederum die Beschlusunfähigkeit des Hauses. Der Präsident schloß die Sitzung mit der Mitteilung, daß der Verleihenausschuss beschlossen habe, die Sitzungen auf etwa drei Wochen zu unterbrechen.

### Diätenabzug für Parlamentsradau.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Preussischen Landtags nahm bei der zweiten Lesung der Geschäftsordnung eine Entschlieung an, welche die Änderung des Diätengesetzes bezweckt. Danach soll es künftig zulässig sein, die Verletzung der Ordnung des Hauses mit zeitweiliger Entziehung der Diäten zu bestrafen. Die Kommunisten ergingen sich in schweren Protesten gegen diesen Antrag, nichtsdestoweniger sind sie es gewesen, die durch ihre systematische Parlamentslabotage — erinnert sei nur an das Trillerpfeifenkonzert nach der Aufhebung der Immunität Schalems — und durch ihre unverhohlene Drohung, diese Sabotage mit allen Mitteln fortzusetzen, den Anstoß zu einer derartigen Bestimmung gegeben haben.

Ein Darlehn für Ostpreußen. Im Hauptausschuss des Preussischen Landtages teilte der Handelsminister mit, daß für Ostpreußen sofort ein unverzinsliches Darlehn von 25 Millionen Mark zur Elektrifizierung der Provinz gegeben werden müsse. Vom Reich seien 50 Millionen Mark in Aussicht gestellt.

## „Zu Wasser und zu Lande...“

Von Jakob Altmeyer.

„Treueste Pflichterfüllung in allen Dienstobliegenheiten“, das war der Kadoberechorsam des preussischen Militarismus, der Untertanenerwerstand des Dreiklassenstaates, der im guten Gewissen als sanftem Ruhelissen endete und vom Bischof Henle in die religiöse Formel gepreßt wurde: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.“ Wenn preussische Fürsten ihren Raub in der Tasche hatten, wenn Großograrier oder Schlotbarone Millionenvermögen ihren Erben hinterließen, herausgeschunden aus der Haut von armen Proletariern; wenn der Hauptmann und die Unteroffiziere die Rekruten schliffen, daß ihnen „das Kaffeewasser im Hintern lodhte“, wenn Liebnecht, Süss und tausend andere auf der Flucht erschossen wurden; solche Räuber, Mörder und Holternechte bleiben nicht nur vor den Unversitätsprofessoren und Richtern weiß wie Schnee, nein, auch ihr eigenes Bewußtsein straft sie nicht, denn sie glauben, ihre Pflicht getan zu haben. Ihre Pflicht auch gegenüber der Sittlichkeit, der Menschlichkeit und der Menschheit? Derartige Begriffe hat es nie in einem Obrigkeitstaat gegeben. Hier galt nur der Herr und der Borgefetzte. Und immer noch war ein Größerer da, und immer noch ein Dienstfänger, und immer noch ein höherer Borgefetzter, und der höchste war der Wesenlose, der Unsichtbare, der sich in Gestalt von Buchstaben im Exzerptreglement niedergelassen hatte. Die Allerhöchsten aber, die selbst über den Paragraphen standen, denen hatte der alte Zieten den Weg zum „Großen Allierten“ gewiesen, dessen pflichterfüllendes, verantwortungsloses Instrument sogar Wilhelm II. gewesen ist.

Als am vergangenen Sonnabend in Leipzig der Kapitänleutnant zur See Neumann vom Berichtspräsidenten gefragt wurde: „Haben Sie noch etwas zu Ihrer Verteidigung zu sagen?“ antwortete der Angeklagte stolz: „Ich habe nur meine Pflicht getan!“ Er hatte ein Vazarettenschiff verlor. Neumann erhielt ja seine Befehle von der Admiralität, die durch das Große Hauptquartier gedeckt war, und dieses wiederum durch eine Regierung Hefferich-Beihmann und diese durch das Vaterland und durch Gott. Nicht allein daß Neumann seine Pflicht getan, wofür er die noch am Jivirod sichtbaren Orden und Ehrenzeichen trug. Er hatte noch der Tat sogar ein gutes Gewissen, wie der Vorsitzende väterlich verführte. In den Zeitungen stand damals zu lesen, wie die Engländer ihre Vazarettenschiffe mißbrauchten, und hätten selbst die Zeitungen während des Krieges einmal gelogen — das Vaterland — die Feinde...

Der Freispruch für Neumann war sicherlich berechtigt. So oder so, wo Audendorff frei ist und patriotische Reden schwingt, kann ein Kapitänleutnant wirklich nicht im Gefängnis sitzen. Was uns jedoch beschäftigte, war erstens die Entkräftung, mit der er die Behauptung der englischen Anklageschrift zurückwies, daß ihm ein auf seinem U-Boot gefangener Bormwürde über die Tat gemacht haben soll. Ich unterhalte mich mit keinem Kriegsgefangenen. Der Steuer-

mann meines Schiffes mag es getan haben. Das war aber kein aktiver Soldat, der die Kriegsgefangenen nicht kannte wie ich.“

Zum zweitenmal stieg uns die Rote ins Gesicht bei dem Gedanken, daß der U-Boot-Führer bei der Verhandlung nicht den Schimmer eines Gefühls für die Opfer und Hinterbliebenen besch. Kein Wort für die Mütter, kein Wort für die Weisen.

Jeder Befehl ist für den Untergebenen bindend, sagen die Militärgesetzbücher aller Staaten. Der Ausführende hat weder Prüfungsrecht noch Prüfungspflicht. Der Borgefetzte trägt die Verantwortung. Nur das preussische Militärrecht gibt einen Zusatz. Beobachtet der Befehl ein Verbrechen, das von beiden Seiten vorher erkannt wurde, dann ist der Ausführende zu bestrafen. Fegierbild! Vier Jahre Massensterben ohne die Hölle und Marokk — und wo ist das Verbrechen?

Die einen haben Belgier deportiert, die anderen Kranke massakriert, wieder andere Frauen und Rekruten schikanieren die Lusitania torpediert, Gasbomben fabriziert und expediert und die ganz anderen haben Kinder und Greise und Schwangere blockiert, und ob Franzosen oder Deutsche, Russen, Engländer oder Italiener, wie alle torpediert, Gasbomben fabriziert und expediert, und die ganz anderen unsere Pflicht getan, in der Luft, zu Wasser und zu Lande.

Millionen werden sie ferner erfüllen, bis wir die beste aller Dienstobliegenheiten erkannt haben: die Treue zur Menschlichkeit und zur Menschheit, die keine Borgefetzten und keine Untergebenen kennt und die nur in dem Frieden und in der freien Arbeit jenes Gewissens verehrt, dessen einziger Richter das Glück und Wohlergehen aller Völker ist.

Weiterer Ausbau der drahtlosen Musikübertragung. Nachdem am Mittwoch in der Staatsoper der erste Versuch geglückt ist, eine Berliner Opernaufführung durch Fernübertragung über einen großen Teil Mitteleuropas zu verbreiten, will man jetzt an einen weiteren Ausbau des funktentelegraphischen Verkehrs gehen. Zunächst soll die Bühharmonie mit einer drahtlosen Telephon-einrichtung ausgerüstet werden, an die nicht nur Hotels und Restaurants, sondern auch Privatwohnungen angeschlossen werden können, deren glückliche Inhaber sich diesen Luxus leisten dürfen. Es werden dann in Zukunft vielleicht die Bewohner von Kapstadt, New York und Wladivostok die Konzerte unserer Bühharmonie genießen können.

Die drahtlose Fernübertragung der „Madame Butterfly“ hat übrigens, wie uns mitgeteilt wird, mit dem C. Lorenz-Ut.-Ges.-Paullender stattgefunden. Dieser arbeitete mit einer Antenneneinrichtung von ungefähr 3 Kilowatt und übertrug die Operlicher nach Orten von über 1000 Kilometer Entfernung. Die Mikrophone waren bereits vor dem Kriege in den Opernraum eingebaut, kamen aber jetzt erst zur Anwendung. Dabei haben sich allerdings noch einige Mängel herausgestellt. Die zarten Töne fielen zu leise, die kräftigen zu laut aus. Es besteht aber die Hoffnung, daß es schon in einigen Wochen gelingen wird, noch dieser Richtung hin Abhilfe zu schaffen.

Ein Farbengefetz. Um Stäherheit auf dem Gebiete des Farbenwefens zu schaffen, streben jetzt die wirtschaftlichen Künstlerverbände

eine gesetzliche Regelung an. Die Reichsregierung zeigte sich schon vor dem Kriege der Schöpfung eines solchen Gesetzes geneigt, etwa nach Art des Rahrmittelgesetzes, um weitere Verhinderung der Farben zu verhindern. Reichstagsabgeordnete ermunterten damals die Künstler, an den Reichstag mit solchen Wünschen heranzutreten. Das unterblieb seinerzeit infolge des Fehlens einer stützkräftigen Gesamtorganisation der Künstlerschaft. Nun, nachdem der Reichswirtschaftsverband eine solche geschaffen hat, kann mit besserer Aussicht auf Erfolg vorgegangen werden.

Ein solches Gesetz greift weit über die Kreise der Kunst in Industrie, Handel und Gewerbe ein. Man könnte nicht etwa einfach alle unhaltbaren und unreinen Farben verbieten, weil künstlerische Gründe dafür sprechen. Bei gewerblichen Arbeiten, die nicht lange zu dauern brauchen, können weniger gute, billige Farbstoffe auch weiter in Betracht. Um die verschiedenen Bedürfnisse der Verbraucherkreise auszugleichen, müßte ein Farbengefetz den Weg finden. Eine andere Frage ist es, ob es möglich wäre, allein für das Gebiet der Kunst gewisse Schaubestimmungen für Farben zu treffen. Denn hier ist der Zustand geradezu bedrohlich, der Künstler ist ganz allein vom guten Willen der Fabrikanten abhängig. Wie man weiß, ist aber auch die Farbindustrie lebhaft an der Herstellung reiner und dauerhafter Farbstoffe interessiert, wie z. B. die Ausstellung „Farbe und Mode“ in der Berliner Akademie der Künste bewiesen hat. Bei beiderseitigem guten Willen dürfte die rechtliche Grundlage eines Farbengesetzes ohne allzu große Schwierigkeiten zu schaffen sein.

Lichtbild-Zeitungen in Moskau. Da die großen Sowjetzeitungen in ihren Auflageziffern stark beschränkt worden sind, werden jetzt auf zwei der größten Plätze Moskaus abends amliche Lichtbild-Zeitungen demonstriert, die die wichtigsten politischen Nachrichten enthalten.

Geschminkte Anie. Die bürgerliche Presse Europas verkündet soden ihren Lesern und Leserrinnen die allerneueste Mode-Parole der eleganten amerikanischen Damenwelt. Sie heißt: Schminke dein Anie! Die Röcke sind Gottlob kurz genug, der obere Rand der Strümpfe wird einfach umgeschlagen, und schon bietet sich den Augen und dem Farbentopf die schönste Wafffläche dar. Wertwürdig, daß man nicht schon früher darauf verfallen ist, und noch merkwürdiger, daß man sich mit einfachem Rot- oder Weißfärben begnügen will. Wenn komme mittelalterliche Miniaturen häufig auf gemeinsames Schweineleder gemalt wurden, warum soll sich distinguiertes amerikanisches Damenleder nicht ebenloqu als Malgrund für komplizierte bildliche Darstellungen eignen? Die schlanken Anie der „Girls“ könnten Charakterköpfe und Stilleben zeigen, während das Beiwert älterer gut genährter Jahrgänge genügenden Raum für stimmungsfatte Landschaften und heroische Historienbilder darbieten würde. Aber zu gleicher Zeit trifft uns die Kunde, daß die kurzen Röcke bereits wieder aus der Mode kommen. Was nun? Der einzige Ausweg scheint uns darin zu liegen, daß man die schon beträchtlich tiefen Rodenausschnitte der Modedamen kühn entschlossen so weit hinaufführt, bis sie einen gemiffen Korporell bloßlegen, der noch eine viel ausgiebiger Gelegenheit für materielle Kunstübungen bietet und in besonders günstigen Fällen ganzen Panoramen Aufnahme gemähren könnte.

Am Thalia-Theater geht die Operette „Rascallien“ am Sonnabend zum 100. Male in Szene.

# Berlins Finanzlage.

### Der Stadtkämmerer gegen deutschnationale Schwarzmalerei. — Sturm auf gegen die Preisprüfungsstellen.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte gestern über die Bürgschaftsleistung für ein Darlehen der Volksbühne zu beschließen. Der Deutschnationale Lüdike machte den Fürsorglichen, der zur Vorsicht mahnte, damit Berlins Finanzen nicht einer Katastrophe entgegengingen. Das gab dem Stadtkämmerer Karding Veranlassung, einmal den schwarzmalenden Uebertreibungen, mit denen die Deutschnationalen gegen die Finanzwirtschaft des jetzigen Magistrats behen, scharf entgegenzutreten. Er widerlegte eine Reihe falscher Behauptungen, die im Landtag der deutschnationalen Abgeordnete (und Stadtverordnete) Harrer Koch aufgestellt hat, und kennzeichnete Kochs raschfertige Art, die Zahlen zu interpretieren. Die verlegene Antwort des Stadtverordneten Koch zeigte, wie schmerzhaft er die ihm verabreichte Stülpung empfand. Daß die rechtsstehenden Fraktionen bei diesen Angriffen gegen das „rote Berlin“ an die — Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung denken, gestand Herr Koch schließlich selber ein. Die Magistratsvorlage auf Uebnahme der Bürgschaft für das Darlehen der Volksbühne wurde von den linksstehenden Fraktionen angenommen.

### Sitzungsbericht.

Vorsteher Wenzl teilt den Wortlaut eines Beschwerdeschreibens mit, welches er an das Verkehrsamt gerichtet hat, weil wiederholt Mitglieder der Versammlung auf der Straßenbahn durch Richtspektieren ihrer Ausweise in eine peinliche Lage gebracht worden sind. Baurat Nixredde bemerkt, die gerügten Unzulänglichkeiten seien dadurch entstanden, daß auch die Bezirksverordneter unbeschränkt den Anspruch auf Freifahrt erhoben hätten. In einigen unklaren Köpien unter dem 8000 Mann starken Schaffnerpersonal sei dadurch Bewirung entstanden. Die Schaffner würden nochmals gründlich instruiert, es sollten die Befestigten zur Feststellung des Namens des Schaffners schreiten.

Im Anschluß an eine dringliche Anfrage des Stadt. Lüdike (Dnat.) erfolgt vom Vorsteher die Mitteilung, daß der Magistrat den Entwurf eines neuen Ordstatuts für das Kaufmanns- und Gewerbeamt als Dringlichkeitsvorlage der Versammlung hat zugehen lassen. Ohne Erörterung wird diese Vorlage einem noch heute zu wählenden Ausschusse überwiesen.

Ein Dringlichkeitsantrag v. Egnern (D.Bp.), den an den Charlottenburger Mädchenschulen beschäftigten Lehrkräften die gesperrten monatlichen Gehaltszuschüsse sofort und bis zum 1. Oktober weiterzuzahlen, wird zum Beschluß erhoben.

Eine Anfrage der Wirtschaftlichen Vereinigung verlangt vom Magistrat Auskunft, was er zu tun gedenkt, um die in der Kriegszeit entstandenen und jetzt überholten

### Preisprüfungsstellen

abzubauen. Ein Antrag der Demokraten erucht den Magistrat, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, um die Preisprüfungsstellenverordnung vom 25. September 1915 aufzuheben oder dahin abzuändern, daß Städte über 10 000 Einwohner nicht mehr verpflichtet sind, eine solche Stelle zu unterhalten. — Die Anfrage wird von Grüber (W.Bgg.), der Antrag von Dr. Meyer (Dem.) ausführlich begründet. — Stadtrat Bohi führt aus, daß diese Stellen, wenn sie auch tatsächlich durch die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Kriege zum Teil überholt seien, so seien sie doch noch nicht zu entbehren.

Bei vielen Bedarfsartikeln seien auch heute Angebot und Nachfrage durchaus nicht in Einklang zu bringen. Die Kommune müsse nach wie vor die Preisbildung kontrollieren. Soweit es tunlich sei, ohne die nützliche Wirksamkeit des Instituts zu schädigen, werde mit dem allmählichen Abbau begonnen werden. Der Antrag der Demokraten sei abzulehnen. — Dr. Herz (U.Soz.) hält dafür, daß die Zeit zur Aufhebung noch nicht gekommen ist und pflichtet auch sonst dem Stadtrat bei. Es seien neuerdings wieder starke Bestrebungen im Gange, zumal seitens des Landbundes, durch Schließung der Grenzen den Einfluß von Angebot und Nachfrage künstlich, insbesondere für Getreide, auszuschalten. — Linke (Dnat.) und Dr. Neumann (D.Bp.) gehen mit großer Vehemenz gegen diese Stellen zu Felde,

die mit ihrem gewaltigen bürokratischen Apparat nur noch eine ungeheure Befähigung des Publikums und des Gewerbestandes darstellen. — Prolat (Soz.) tritt den Rednern der Rechten scharf entgegen und nimmt die angegriffenen Kontrolleure in Schutz. Bergelich sei es, abzustreiten, daß die Preise vielfach künstlich zum Nachteil der Konsumenten erhöht würden und daß die ganze Tätigkeit der Kartelle und Syndikate doch fast nur darauf hinauslaufe, den

### Einfluß von Angebot und Nachfrage künstlich zu machen.

Beim Brotgetreide drohe tatsächlich wiederum eine derartige Wucherwirtschaft. — Pfeiffer (Komm.) Die Preisprüfungsstellen sind schließlich nicht das Mittel, die werktätige Bevölkerung vor Uebervorteilung zu bewahren. Nur die Kommunalisierung der Lebensmittel kann wirklich helfen. Man hat bisher höchstens die kleinen Diebe gebängt, aber die großen laufen lassen. In dem Abbau dieser Einrichtung können wir eine Gefahr nicht entdecken.

Gegen die Stimmen der Bürgerlichen wird der Antrag der Demokraten abgelehnt.

In der zweiten Lesung der Satzung für die Hochbau- und Tiefbaudeputation beantragt Lüdike (Dnat.), die Vorlage an den Magistrat zwecks Anhörung der Bezirksbauämter zurückzugeben bzw. Ausschubberatung stattfinden zu lassen. Beide Anträge werden nach kurzer Erörterung abgelehnt, die Satzung angenommen.

Auch über die Vorlage wegen Uebnahme der Bürgschaft für ein von der „Volksbühne G. V.“ aufzunehmendes Darlehen von 8 Millionen Mark muß heute eine besondere zweite Lesung stattfinden, in der Lüdike abermals die vorgeschlagene Maßnahme für höchst bedenklich und für verhängnisvoll erklärt.

Kämmerer Dr. Karding entwirft diese Bedenken. Von einem großen Risiko könne keine Rede sein.

### die Finanzlage der Stadt

sei zwar ernst, aber auch nicht so schwarz, wie sie der Stadtr. Koch vor einigen Tagen im Abgeordnetenhaus geschildert habe. Die Gesamtschuld Berlins habe am 1. April 1920 3 1/2 Milliarden, am 1. Oktober 4,3 Milliarden betragen. Die Behauptung, daß die Schuld am 1. April 1921 schon über 5 Milliarden betragen habe, und demnächst 6 Milliarden betragen werde, Berlin also doppelt überschuldet sei, sei falsch. Am 1. April 1921 sei die Schuldsumme 4,106 Milliarden, also 200 Millionen geringer gewesen als am 1. Oktober 1920. Auch betragen die Aktiva Groß-Berlins nicht 3, sondern annähernd 5 Milliarden. Herr Koch habe wichtige Zahlen falsch interpretiert und Ziffern von 1918 und 1921 ohne weiteres in Vergleich gestellt (hört, hört! und Heiterkeit), einige Posten auch doppelt gerechnet. (Beifall.)

Stadtr. Koch (Dnat.) [mit großem Hallo empfangen] beruft sich auf die Ausführungen des kommunistischen Abg. Koch im Landtage, auf die er in seiner Landtagsrede eingegangen sei. Mit Genehmigung stelle er fest, daß der Kämmerer die von ihm angeführten Zahlen als richtig anerkannt habe. (Stürmisches Gelächter.) Im übrigen habe er nicht falsch kombiniert noch falsch interpretiert. Hierauf wird die Debatte geschlossen und die Vorlage nach Ablehnung eines Antrages auf Ausschubberatung von den drei sozialistischen Parteien angenommen.

Nach Erledigung einer großen Anzahl von Vorlagen minderen Interesses wendet sich die Versammlung zur Beratung der Vorlage, durch die 400 000 M. vom 1. April 1921 ab zur

### Verbilligung der Milch für Unbemittelte

bereitgestellt werden sollen. Von den Deutschnationalen ist beantragt, den Magistrat zu eruchen, sofort den Beschluß rückgängig zu machen, nach welchem vom 1. Juni 1921 ab das über den Rotbedarf hinausgehende Milchquantum zum Preise von 4 M. das Liter verkauft werden soll, obwohl von der Stadt Berlin auf Grund einer Vereinbarung mit der Landwirtschaft ein Preis von 2,60 M. für das Liter frei Berlin festgesetzt worden ist.

Die Demokraten beantragen, die derzeitige Milchversorgung bis zum 1. November 1921 bestehen zu lassen und bis dahin im Verein mit den Interessenten die völlige Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung vorzubereiten; ein ähnlicher Antrag ist seitens der Deutschen Volkspartei eingebracht.

In einer Vorlage vom 4. Juni sucht der Magistrat die Zustimmung der Versammlung zum Ankauf von 1500 Tonnen

Trockenmilchpulver zur Sicherstellung des Milchbedarfs für Herbst und Winter nach.

Dr. Kaufhold (Dnat.) befürwortet den Antrag seiner Fraktion, 2,60 M. Erzeugerpreis sei hoch, 2,40 M. sei angemessen. Bei 4 M. verdiene Berlin an dem Geschäft täglich 100 000 M.

Merten (Dem.) bekämpft mit großer Energie die Vorlage wegen Ankaufs von Trockenmilch als total verfehlt. Ausschubberatung der ganzen Milchfrage sei unerlässlich; es dürfe nicht geschehen, daß durch eine falsche Wirtschaftspolitik des Milchamts die Milch ungebührlich und unverantwortlich verteuert wird.

Stadtrat Wukly legt in umfassendem Vortrage dar, wie der Preis von 4 M. entstanden ist und wie schon demnächst die Frage der weiteren Form der Milchversorgung unter Zuziehung von Vertretern der Interessenten und Verbraucher beraten werden wird.

### Die Anfeindungen des Milchamts

entbehren jeder Berechtigung. Der Erzeugerpreis von 2,60 M. sei von der großen Mehrheit der Landwirtschaftskammer als allerniedrigste bezeichnet worden; frei Berlin stelle sich der Preis auf etwa 2,85 M., und dieser Preis erhöhe sich bis zur Abgabe an die Kleinbändler auf rund 3,60 M. Darin seien höchstens 10 M. als Gesamtkosten des Milchamtes enthalten. Da man täglich etwa 220 000 Liter Rotbedarf habe für die Kinder bis zu 4 Jahren, für Schwangere und Kranke (mit je einem Viertel Liter), so habe für alle Fälle Vorräte getroffen werden müssen durch den vorgeschlagenen Ankauf der durchaus einwandfreien Emulsionsmilch.

Nachdem Dr. Herz (U.Soz.) und Dr. Falkenberg (D.Bp.) hauptsächlich sich über die Qualitäten der Emulsionsmilch ausgelassen haben, die dringend genauerer Prüfung bedürften, erklärt Pfeiffer (Komm.), daß die Verbilligungsaktion auch auf die Kinder über 4 Jahre ausgedehnt werden müsse, und stellt fest, daß der Preis von 4 M. bereits zu einem Ueberland der Milch geführt habe, da dieser Preis für die werktätige Bevölkerung unerlässlich sei. — Frau Schmidt (Soz.) ist der Meinung, daß auch an Trockenmilch noch viel mehr zu beschaffen sei werde, denn 1500 Tonnen sei ein mit dem Fehlbetrage gar nicht entfernt zu vergleichendes Quantum. Für den Rotbedarf müsse unbedingt vorgefertigt werden.

Um 10 Uhr wird ein Schlußantrag angenommen und Ausschubberatung beschlossen. Die Vorlage betr. die Bewilligung von Mitteln für die Milchverbilligung wird angenommen.

Hierauf werden noch mehrere Anträge, so auch der Antrag Herman, betr. die

### Unterstützung der Hinterbliebenen Süßs

nach den Ausschubvorschlägen erledigt, desgleichen die Umgestaltung der Wertzumasssteuerverordnung nach den Wünschen des Oberpräsidenten bzw. des Ministeriums.

Schluß 10 Uhr.

### Der Oberpräsident gegen die Sitzungsgelder.

Die Berliner Stadtverordneten haben bekanntlich im Frühjahr ein Ortsgesetz beschlossen, wonach den Mitgliedern der Versammlung für jede Sitzung, an der sie auf Grund einer Einladung teilnehmen, eine Entschädigung von 10 M. gezahlt wird, wofür auch der entgangene Arbeitsverdienst abgezogen werden soll. Ferner wurden dem Stadtverordnetenvorsitzenden, den Bezirksvorsitzenden sowie den unbesoldeten Stadträten des Magistrats und der Bezirksämter bestimmte Monatspauschalen bewilligt. Wie eine Korrespondenz mitteilt, hat der Oberpräsident den ersten Teil dieses Ortsgesetzes beanstandet. An sich wird dieses Ortsgesetz nicht als genehmigungspflichtig betrachtet; die Aufsichtsbehörde steht aber auf dem Standpunkt, daß die unterschiedslose Gewährung eines Sitzungsgeldes mit den Bestimmungen des Gesetzes Groß-Berlin in Widerspruch steht, wonach den ehrenamtlich tätigen Bürgern nur Ersatz für bare Auslagen und gegebenenfalls für entgangenen Arbeitsverdienst zu gewähren ist. Ein solcher entgangener Arbeitsverdienst müsse aber nachgewiesen werden und könne nicht in jedem Falle ohne weiteres angenommen werden. In Verhandlungen mit den Vertretern des Magistrats ist der Entwurf eines neuen Ortsgesetzes vereinbart worden, worin diese Frage derart geregelt ist, daß nur der tatsächlich entgangene Arbeitsverdienst und bare Auslagen erstattet werden sollen, und zwar auf Grund besonderen Nachweises.

Die juristische Sprechstunde findet heute nicht von 3 bis 6 Uhr statt, sondern von 1,5 bis 6 Uhr.

## Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

### I. Zwei Fälle.

1.

„Ich habe Sie nun mit allen Fällen, die unsere Gefangenen betreffen und die irgendwie bemerkenswert sind, bekannt gemacht,“ sagte der Direktor des Gefängnisses zu Tiefert zu dem neuen Gefängnisgeistlichen, „mit allen, bis auf zwei. Bis auf die zwei interessantesten. Die will ich Ihnen zum Schluß eingehender schildern.“

Der Direktor, ein großer, starker Mann mit schwarzem Vollbart und ruhigen, gütigen Augen, setzte sich in seinem Schreibtischstuhl bequem zurecht, schlug die Beine übereinander und zündete sich gemächlich eine Zigarre an. Während er den Rauch ausstieß, schien er über die zwei interessantesten Fälle nachzudenken oder richtiger: über die beste Art, sie seinem neuen Mitarbeiter, der erst gestern sein Amt angetreten hatte, verständlich zu machen.

„Sind diese beiden Fälle so verwickelt?“ fragte der Pastor. Er war für sein Amt eigentlich noch recht jung, kaum in den hohen Dreißigern, rundlich, rosig und blühhauber, ein Geistesreicher, der nach seinem Aeußeren mehr in einen Damensalon paßte, als in ein Gefängnis.

„Verwickelt?“ gab der Direktor zurück. „Das nicht. Die Fälle sind prozessual klar, ganz klar. Interessant und ungewöhnlich sind nur die beiden Täter, — besonders der eine, der mir geradezu Rätsel aufgibt.“ Hier lächelte der Direktor. „Mir, der ich doch abgeprübt bin und mich nicht so leicht verblüffen lasse.“

Der Pastor rieb sich die gepflegten Hände, schnelzte mit dem Zeigefinger ein Staubchen von den schwarzen Beinkleidern und fragte nahezu interessiert: „Bitte, erzählen Sie.“

„Es handelt sich um die Fälle Reisner und Behrens“, sagte der Direktor. „Beide Männer wurden wegen Totschlags verurteilt. Hermann Reisner wegen versuchten zu fünf Jahren, Herbert Behrens wegen vollendeten zu zwölf Jahren. Herbert Behrens ist ein zweiundvierzigjähriger Mann und hat noch elf Jahre seiner Strafe zu verbüßen. Hermann Reisner wird erst zweiunddreißig Jahre alt und befindet sich seit vier Jahren

hier im Gefängnis. Aber in drei Tagen geht er in die Freiheit. Wegen mustergültiger Führung ist ihm ein Jahr im Gnadenwege erlassen worden.“

„Ah,“ rief der Pastor aus, in einem Ton, der halb Wohlwollen, halb Erstaunen ausdrückte, Erstaunen wohl darüber, wie man einen Menschen, der versucht hatte, zu töten, begnadigen konnte, und Wohlwollen aus dem Grund, weil Barmherzigkeit zu üben sein Beruf war.

„Auch ich,“ lächelte der Direktor mit unmerklichem Spott, „bin mit meinen Sympathien mehr bei Herbert Behrens, obwohl dessen Verbrechen sein Ziel erreichte, während das des anderen immerhin nur ein Versuch blieb... Aber das sind persönliche Gefühle, die schweigen müssen, wo wirkliche Tatsachen sprechen. Und die Tatsachen sprechen zugunsten des Hermann Reisner, der ein mustergültiger Gefangener war. Er führte sich tadellos. Besonders Ihr Vorgänger, Herr Pastor, hatte alle Ursache, mit ihm zufrieden zu sein, denn Hermann Reisner wurde allmählich das, was man einen reinigen und gebesserten Sünder nennt...“

Der Direktor schwieg und sah mit lässiger Ironie dem Rauch seiner vorzüglichsten Zigarre nach, während der Pastor, der die Ironie wohl merkte, aber nicht recht begriff, wohin sie hinauswollte, unruhig wurde und mit seinen rosigten, diden Fingern auf den nicht minder wohlbeleibten Schenkeln herumtrommelte.

„Also ist der Mann wohl ein Heuchler?“ fragte nach einer Weile der Pastor.

„Das nicht. Aber er ist kein Charakter.“

„Kein Charakter?“

„Sie staunen, daß ich den Leuten, die ich hier festhalte, Charakter zubillige? . . . Oh, ich gehe noch viel weiter. Ich behaupte, daß den meisten schweren Verbrechen nicht ihr Zuwenig, sondern ihr Zuviel in Charakter zum Fallstrick geworden ist. . . Ich habe meine Gefangenen lange studiert und bin dahin gekommen, sie in drei Klassen einzuteilen. In solche, die ihrem Charakter treu bleiben und das zeigen; das sind die Besten. In solche, die ihrem Charakter zwar auch treu bleiben, dies aber verbergen; das sind die Heuchler. Und in die wenigen, die gar keinen Charakter besitzen; das sind die, von denen wir zu Unrecht annehmen, daß wir sie reinig und gebessert entlassen. . . Zu diesen letzten möchte ich Hermann Reisner zählen, obwohl ich freilich zugeben muß, daß ich mir über ihn noch nicht völlig klar geworden bin.“

Der Pastor war geneigt, gegen diese Ansicht, daß nur Charakterlose reinig und gebessert das Gefängnis verlassen, Einspruch zu erheben, doch fühlte er zu stark, daß das, womit er diesen Einspruch hätte begründen können, noch zu sehr Buchstabenweisheit war, als daß er gegenüber diesem gelassenen und in seiner Gelassenheit so selbstlicher kraftvollen Mann einen Widerspruch gewagt hätte.

Er begnügte sich daher damit, nervös zu husteln und mit gemachter Ungeduld zu fragen:

„Gut, wie liegt also der Fall Reisner?“

Der Direktor wippte mit einer nachlässigen Bewegung die Asche von seiner Zigarre, zog ein Manuskript aus der Schublade seines Schreibtisches und lehnte sich weit in seinen Stuhl zurück.

„Ich habe mir,“ sagte er, „wie über alle interessanteren Fälle, so auch über die Fälle Reisner und Behrens Akten angelegt, in denen ich, aus persönlicher Liebhaberei und um zu meinen Gefangenen in ein intimeres Verhältnis zu kommen, das es mir ermöglichen soll, sie menschlich zu verstehen, kurz und zusammenhängend alles verzeichnet, was mir für dieses Verständnis von Wert und es mir zu erleichtern scheint. . . Hören Sie, was ich über die Fälle Reisner und Behrens niedergeschrieben habe.“

2.

Hermann Reisner war der Sohn reicher Eltern, sein Vater betrieb ein großes Exportgeschäft in Hamburg. Hermann Reisner war schon seit Jahren die Prokura erteilt worden. Er galt als geschäftlich rührig, weit über das Durchschnittsmaß intelligent, schien ein scharfer und nüchtern Denker und erwies sich in den meisten seiner Entschlüsse selbständig und rasch. So war die Führung des Geschäftes nach und nach ganz in seine Hände geglitten, während sich der Vater, bei dem sich mit zunehmendem Alter ein vorhandenes Herzleiden stark verschlimmert hatte, mehr und mehr in das ruhige und beschauliche Leben eines Zuschauers und seinen Betraters zurückzog.

Hermann Reisner verriet in nichts, daß Leidenschaften in ihm schlummerten. Er ging den geraden und zähen Weg der Leute seines Standes, war nüchtern, spielte nicht, zeigte mäßige Neigung für Musik, eine etwas heftigere für den Rudersport und war im übrigen nahe daran, sich mit einem jungen Mädchen, der Tochter eines reichen Hamburger Kaufmanns, zu verloben.

(Fortf. folgt.)



# Wirtschaft

## Wirkungen der Sanktionen in der Pfalz.

Dem W.R. gehen folgende Auswirkungen des Reichstagsabgeordneten Beroloffen H. Hoffmann-Ludwigshafen zu:

Durch Abtrennung Elsaß-Lothringens vom Deutschen Reich sowie durch Bildung eines neuen neutralen Saarlandes wurde die Pfalz nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich eingeteilt und durch Errichtung der beiden Zollgrenzen im Süden und Westen in ihrem Wirtschaftsleben außerordentlich beengt und geschädigt. Die Durchführung der sogenannten Sanktionen mit einer Rhein-Zolllinie hat die Atemnot des pfälzischen Wirtschaftslebens noch erhöht. Wie ein Alpdruck lastet diese Abgrenzung vom rechtsrheinischen Deutschland auf der pfälzischen Bevölkerung.

Die pfälzische Industrie war bisher schon bei Bezug von Rohstoffen und Halbfabrikaten zum größten Teil auf das rechtsrheinische Deutschland angewiesen. Durch die neue Zollbelastung am Rhein, wie durch die hemmenden Umstände und Verzögerungen bei Bewilligung von Ein- und Ausfuhr, sowie ferner durch die höheren Arbeitslöhne im besetzten Gebiet ist die pfälzische Industrie der rechtsrheinischen gegenüber nicht mehr konkurrenzfähig. Einstellung zahlreicher Betriebe und dadurch erzeugte Arbeitslosigkeit werden in Höhe die verhängnisvollen Folgen sein, zumal sich die Aufträge vom rechtsrheinischen Deutschland und vom Ausland infolge der verteuerten Wirkungen der Sanktionen wesentlich verringert haben. Tabak-, Zündholz- und Brauindustrie sind durch den Zoll der Rheinlinie am meisten belastet. Sie können nur noch linksrheinisch Absatz finden.

Der pfälzische Weinbau und Weinhandel, welche im Wirtschaftsleben der Pfalz einen bedeutenden Faktor bilden, werden durch die sogenannten Sanktionen in ihrem Lebensnerv getroffen. Schon jetzt schätzt man die Verluste, welche dem pfälzischen Weinhandel infolge der durch die Rheinlandskommission angeordneten Einfuhrerleichterungen für ausländische Weine erwachsen, auf Millionen Mark. So sind z. B. am 12. Mai in Eins allein an einem Vormittag für etwa eine Viertel Milliarde Mark Einfuhrbewilligungen monatlich für Weine und Spirituosen erteilt worden.

Die vom 30. April ab eingeführte Verzollung verursacht beim Eisenbahnverkehr schädlich wirkende Verkehrsperren, die durch die am 10. Mai in Kraft getretenen Ein- und Ausfuhrverbote vermehrt werden. Was Verkehrsbehinderungen in der jetzigen heißen Jahreszeit in bezug auf Warenverkehr bedeuten, weiß jedermann, abgesehen von verteuertem Reuebelastung durch Stauung für Eisenbahnwagen.

Die pfälzischen Zollämter sind bei der Befugung des linksrheinischen Gebietes sehr schwach mit Personal besetzt, weil ein erheblicher Teil der aus rechtsrheinisch Bayern stammenden Beamten teils auf eigenes Verlangen, teils auch unfreiwilligerweise nach Bayern zurückkehrte, ohne daß entsprechender Ersatz dafür eingestellt

werden konnte. Infolgedessen sind die Zollämter den durch die Sanktionen erhöhten Anforderungen nicht gewachsen.

Der Postverkehr wird zurzeit mit einer Mark pro Paket belastet. Dabei mag als Kuriosum festgestellt werden, daß auch die Reichsdruckereien, die der Abgeordnete zur Ausübung seines Mandates doch unbedingt benötigt, mit solcher staatlichen Gebühr belastet werden. In der Pfalz setzen man sich in allen Kreisen der Bevölkerung nach dem Tag, an dem das Wirtschaftsleben von den Fesseln der Sanktionen befreit wird, zumal nach Annahme des Ultimatum, wo jeder Vorwand für sie hinfällig geworden ist.

## Refordausstüffungen.

Nicht weniger als 120 Proz. des Aktienkapitals schenkt das Elektrizitätsunternehmen F. W. Busch & Co. in Länderscheid seinen Aktionären. Es schüttet dabei die relativ geringe Dividende von 20 Proz. aus und gibt dazu 1.500.000 M. den Aktionären, damit diese sich die bei einer neuen Kapitalerhöhung (um 3,3 Millionen Mark) zu billigerem Kurse entstehenden neuen Aktien kaufen können. Die Maschinenbau-A.G. vormals Ved. u. Hensel verteilt auf ähnliche Weise 100 Proz., indem sie 25 Proz. Dividende gewährt und 75 Proz. des Aktienkapitals den Aktionären zur Einzahlung auf neue Aktien zur Verfügung stellt. In beiden Fällen werden Reforddividenden erzielt, die sich im Verhältnis zur Finanznot des Reiches mehr als merkwürdig ausnehmen. Die Kapitalverdoppelungen der beiden Gesellschaften sind in Wirklichkeit Kapitalverwässerungen, die nur den Zweck verfolgen, den Dividendenatz niedrig zu halten und so die Körperschaftsteuer zu umgehen. Das in Zukunft unmöglich zu machen, wird eine wichtige Aufgabe der Steuer-gesetzgebung sein. Am wirksamsten ist das nur denkbar durch eine Beteiligung des Reiches am Industriekapital, die zugleich eine Kontrolle der tatsächlichen, nicht nur der dividendenmäßigen Gewinne ermöglicht.

Gegen die Kapitalflucht durch Warenausfuhr wendet sich ein Antrag der freigewerkschaftlichen Angestelltenvertreter im Reichswirtschaftsrat Schweizer und Marx, der vom finanzpolitischen Ausschuss angenommen wurde. Bekanntlich wurden im letzten Jahre vielfach Waren ausgeführt, deren Kaufpreis nicht nach Deutschland hereinlam. Der Gegenwert wurde der exportierenden Firma im Ausland gutgeschrieben. So sammelten sich im Ausland deutsche Vermögen, die dem heimischen Zugriff entgingen und die der deutschen Volkswirtschaft nicht zugute kamen. Die Dresdner Bank bezeichnete allein in ihrem Geschäftsbericht 4,5 Milliarden Mark ausländische Guthaben, von denen ein wesentlicher Teil auf diese Weise entstanden sein dürfte. Andere Banken schweigen sich vorsichtshalber über solche Konten aus. Der erwähnte Antrag fordert nun den vorl. Reichswirtschaftsrat auf, die Reichsregierung zu ersuchen, an einen Ausbau der Außenhandelsstatistik mit dem Ziele heranzutreten, daß ein genauer Nachweis über den Wert und den Verbleib deutscher Forderungen an das Ausland vorhanden ist.

Die deutsche Kohlenkrise. Die durch unsere Ententeleistungen, den Fortfall der Uberschichten im Ruhrbezirk und insbesondere

durch das Ausbleiben aller Sendungen aus Oberschlesien immer schwieriger werdende Steinkohlenlage zwingt den Reichskohlenkommissar, das den Hüttenzweigen zustehende Brandstoffkontingent um 10 Proz. herabzusetzen. Allein durch den Ausfall der Sendungen aus Oberschlesien wird die dem übrigen deutschen Markt zur Verfügung stehende Kohlenmenge um arbeitstäglich 45.000 bis 50.000 Tonnen verürzt.

Können wir zahlen? In der „Blode“ rechnet Barous aus, daß Deutschland vor dem Kriege für die Rüstungen jährlich nahezu 2000 Millionen Goldmark ausgegeben hat. Jetzt geben wir dafür 273 Millionen Goldmark aus und dabei könnte an der Reichswehr noch viel gespart werden. Allein durch die Entlohnung können wir mindestens zwei Milliarden Goldmark im Jahr geminnen. Die Zahlung der Reparationen, die etwa 3-3 1/2 Milliarden Goldmark im Jahre betragen, müssen und werden danach möglich sein, sobald die deutsche Wirtschaft sich von den Kriegsfolgen erholt hat. Voraussetzung ist freilich dafür auch, daß das Ausland seinen Markt nicht durch Zölle gegen deutsche Waren sperrt. Bis dahin muß die Regierung aber den Mut haben, die Besitzer der Goldwerte, deren Vermögen durch den Sturz der deutschen Valuta in keiner Weise beeinträchtigt worden ist, gehörig zur Tragung der Lasten heranzuziehen.

Die Kohlenförderung des Ruhrbezirks (einschließlich der linksrheinischen Zechen) ist im Monat Mai nach vorläufigen täglichen Anstreihungen auf 7,05 Millionen Tonnen (in 23 1/2 Arbeitstagen) zu veranschlagen; im April 1921 belief sich die Förderung auf 7,89 Millionen Tonnen (in 26 Arbeitstagen). Die arbeitstäglich Förderung wird sich mit rund 308.200 Tonnen voraussichtlich ungefähr auf der gleichen Höhe halten wie im Monat April (3.033.650 Tonnen).

Starke Zunahme des deutsch-französischen Handels. Die letzte französische Handelsstatistik läßt für das erste Vierteljahr des Jahres 1921 gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres eine deutliche Steigerung des deutsch-französischen Handelsverkehrs erkennen. Die Ausfuhr von Deutschland nach Frankreich, die im ersten Vierteljahr 1920 308.833.000 Fr. betragen hatte, stieg in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres auf 818.940.000 Fr. Umgekehrt wies auch die französische Ausfuhr nach Deutschland eine Wertzunahme von 298.709.000 auf 680.070.000 Franc auf.

## Aus der Partei.

1904 Neuaufnahmen. Die Bezirksorganisation Hamburg-Nordwest kann 7849 Neuaufnahmen ohne die Uebertritte aus den Reihen der U.S.P. und R.P.D. registrieren. In diesem Jahre sind im Bezirk insgesamt 19094 Neuaufnahmen zu verzeichnen. In dieser Zahl ist das gesamte Ergebnis der Werbeweche nicht eingeschlossen. Nach den umgekehrten Beitragsmarken zählt der Bezirk 99.040 vollzählende Mitglieder.

## Was sagt der Arzt über Riesel?

Der moderne Stubeherd mit patentiertem Wellflache nach Riesel stellt im Gegenatz zu den alten Stubeherden eine sinnreich konstruierte Maschine dar, die wie das Herz stets ohne Unterlaß Tag und Nacht arbeitet; in gewissem Sinne ein perpetuum mobile. Sie brät, backt, kocht, heizt und stellt warmes, heißes und kochendes Wasser stets zur Verfügung. Was dieses aber in der jetzigen Zeit der Kohlenknappheit, der Gasperre und der Streikgefahr für Haus und Familie und gewisse Verufe bedeutet, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.

Dieser Herd erfordert zu seiner Wartung und Pflege nur geringe Intelligenz und noch weniger Kraft. Er wird zudem mit einem billigen Heizmaterial, sogenanntem Grubeloh, einem Abfallprodukte der Braunkohle, der früher meist achtlos fortgeworfen wurde, in Betrieb gehalten, der auch den hygienischen Anforderungen durchaus entspricht. Aber nicht nur das! Der Herd ist auch ein treuer Diener der modernen Hygiene insofern, als er in stets williger Weise durch das beständig vorhandene warme und heiße Wasser die Handhaben für Sauberkeit und Reinlichkeit abgibt. Der von den Alten geprägte Satz „Das Wasser ist das Beste“ kommt im Riesel-

Herd für die Gesundheitslehre zur vollen Geltung. Infolge der ununterbrochenen Betriebsfähigkeit des Herdes hat besonders der Arzt leichtes Spiel bei seinen Verordnungen in der Säuglings- und Krankenpflege. Man denke an die Bäder und an die mannigfachen warmen und heißen Umschläge. Nicht minder aber leistet der Herd zweckmäßige Dienste bei der Sterilisation der Instrumente und Verbandstoffe; ganz besonders treten dieselben auch in Erscheinung auf dem Lande, wo der Arzt gezwungen ist, auf dem Gebiete der Chirurgie und Geburtshilfe rasch eingzugreifen. Auch da, wo der Arzt bei magendarm-schwachen und heruntergekommenen Kranken auf

leicht verdauliche, gut zubereitete Speisen bedacht sein muß, findet er im Riesel-Herd einen leicht bereiten Helfer. Nach allen diesen Vorzügen kann man mit Recht behaupten, daß der Riesel-Grubelherd die soziale Ökonomie und Hygiene vorwärts bringt. Wie man früher den Kulturzustand eines Volkes nach dem Verbrauch an Seife beurteilte, kann man jetzt weiter gehen und ihn nach der Verwendung eines modernen „Riesel“ einschätzen.

Leipzig, Februar 1921. Dr. med. Th. S.

\*) Kleinerer Hersteller: Deutsche Patent-Grubelherd-Fabrik, Walter Riesel & Co. m. b. H., Niederlage Berlin C. 19, Janselerstraße 15.

**Deutscher Metallarbeiter-Vorbereitungsstelle Berlin.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin Marie Jung, am 7. Juni gestorben ist. Ihre letzten Wünsche! Die Beerdigung findet am Sonnabend, 11. Juni, nachm. 3 Uhr, von der Leichhalle des Friedhofes in Baumgartenstraße 10 statt. Reges Betheiligung erwartet die Ortsverwaltung.



**2x2=5**  
ist genau so falsch, wie der Gebrauch von schlechter Wassercreme für Ihre teuren Schuhe! Das Leder wird brüchig, grau, die Kleiderfäule und hellen Strümpfe werden beschmutzt, insbesondere bei Regenwetter. Der beste, der reine Terpentinöl-Schuhputz Nigrin

**Freie Turnerschaft Berlin Bezirk Neukölln**  
Allen Mitgliedern die warmen Grüße, daß unser Turngenosse Willi Hasselhorn verstorben ist. Durch sein Leben am Turnen verbunden, man er doch stets ein Freund unserer freien Turnbewegung. Für werden seiner Leiche ehrend gehalten. Die Beerdigung findet am Sonnabend, 11. Juni, von der Leichhalle des Friedhofes, Reutbahn, Baumgartenstraße, 10 statt. Reges Betheiligung erwartet die Ortsverwaltung.

ist die einzige Garantie für langes Leben Ihrer Schuhe.  
Carl Gentner, Depot Berlin S 42, Eifenufer 40. Fernsprecher: Amt Worlig 14591

**Stahlwaren-Produktion „Solidarität“**  
G. m. b. H.  
Ohlgs bei Solingen  
Genossenschaftliche Erzeugung Solinger Stahlwaren.  
Für Geschäftsbetriebe empfehlen wir: Büchsen, Speck-, Wurst-, Käse-, Bäckerei- und Brotmesser, Fett- und Seifenstecher, Dosenöffner usw.  
Fleischereibedarfsartikel in großer Auswahl: Belle, Aexte, Hauer, Sägen, Stähle, sowie für jedes Fach: Schneiderscheren, Sattler-, Schuster- u. Gärtnermesser, Werkzeugmesser für alle Berufe.  
Zum Verkauf an die Mitglieder bieten wir den Konsumvereinen an: Bestecke in jeder Ausführung und Preislage, Alpaka-, Britannia-Zinnstahl- und Aluminiumlöffel, Brot- und Gemüsemesser, Taschenmesser in mannigfaltiger Ausführung, Scheren in jeder Art, Haarschneidemaschinen, Rasiermesser und Rasierapparate.

Wir stellen unsere Waren in vorzüglicher Qualität her und verwenden nur allerbesten Stahl bei Berechnung billigster Preise.

„Empor“ Gemeinnützige Städtische Sparkasse, e. G. m. b. H., in Liquidation. Sitz: Charlottenburg, Schillerstr. 57 II. Zur Befreiung der Generalversammlung vom 1. 10. 1921 ist die Geschäftsleitung getrennt. Geht. Liquidation werden hiermit aufgegeben. Ihre Ansprüche umgehend geltend zu machen. „Empor“, Gemeinnützige Städtische Sparkasse, e. G. m. b. H., in Liquidation. Sitz: Charlottenburg, Schillerstr. 57 II. Unter den Linden 17/18.

**70 Jahren**  
ist San. Rat Dr. Strauß  
Dr. Strauß  
b. Hautausschlag, Flechten, Bein-, Krampfadern, Gicht, Syphilis, Salvarsan-Kuren, Blutunrein, Damen separat. 10-1. 5-7.

**Spezial-Arzt**  
Dr. Scott, Rosenfelderstr. 69-70  
für alle Geschlechts-, Haut-, Frauenleiden, Syphilis, Salvarsan-Kuren, Blutunrein, Damen separat. 10-1. 5-7.

**Kleide Dich billig, elegant!**  
im Leihhaus Moritzplatz 58a  
Jacke-Anzüge, Cutaways, Mäntel  
teile auf Seide, jetzt 400-500 M.  
Gummimäntel 300 M. Ferner Damen-  
Kostüme, Mäntel, enorm billig!  
Nach beendeter Saison 80% herab-  
gesetzt! Kreuzfische, Zobel, Blau-,  
Wels-, Silberfische, Keine Lombardv.

**1/2 der Morgenstunde**

Pelerinen für Herren u. Damen, wasserdicht, sehr haltbar, aus grauem Zellwollstoff, je nach Länge M. 100, 95, 90	Herrensocken grau, gute Qualität . . . . . M.	325
Herrenunterhosen graue, Trikotgewebe, in allen Größen . . . M.	Herrensocken grau, besonders gute Qualität . . . . . M.	375
Herrenunterhosen gutes schwarzes Trikotgewebe, in all. Grösa. M.	Herrensocken l. all. Farb., mit verstärkter Ferse und Spitze . . . M.	575
Herrenunterhosen Vigogne, in sehr guter Qualität, mit Leibüberschlag, in allen Größen . . . . . M.	Herren-Oberhemden weiss, m. Fältchen, doppelte Brust, Gr. 39-42	5900
Herrenunterhosen in vorzüglicher Qualität, makoartig . . . M.	Herren-Oberhemden aus guten Stoffen, mit Kragen und Klappmanschetten . . . . . M.	6700
Herrenhemden Vigogne, in sehr guter Qualität, in allen Größen M.	Stepphut vornehmer, in vielen Farben, besond. für d. Reise geeignet, M.	2700
Herrenhemden Vigogne, in sehr guter Qualität, mit modernem Perkaleinsatz, in allen Größen . . . M.	Herren-Anzugstoffe 140 cm breite, gute Ware . . . . das Meter M.	2500
Herrenhemden in vorzüglicher Qualität, makoartig, mit doppelter Brust in allen Größen . . . . . M.	Herren-Buckskinhosen aus grauen und braunen melierten sehr haltbaren Stoffen, mit Gesäßtasche M.	4400
Herrenhemden sehr gutes Trikotgewebe, mit modernem Perkaleinsatz, in allen Größen . . . . . M.	Jünglings-Buckskinhosen aus grauen und braunen melierten sehr haltbaren Stoffen, mit Gesäßtasche M.	4200
Herren-Netzhemden in all. Größen . . . . . M.	Herren-Strickbinder in modernsten Mustern, Kunstseide . . . M.	850
Damen-Schlupfhosen in schönen Farben, gute Qualität . . . M.	Serviteurs in gestreiftem Flanell . . . . . M.	325
Damen-Strümpfe schwarz, baumw., gute Qualität . . . . . M.	Schiller-Kragen in gestreiftem Flanell . . . . . M.	325
Damen-Strümpfe i. kl. Grösa. 1x1 gestrickt, in schwarz u. braun M.	Herren-Schleifen sehr gute Qualität, geschmackvolle Farben . . M.	150
Kinder-Hemdchen Vigogne, in sehr gut Qual., die kleinste Grösa M.	Kinder-Sweater feines Mako-gewebe, in schönsten Farben, die kleinste Grösa . . . . . M.	1400
Kinder-Söckchen braun, mit Wollrand . . . . . von M.	Handtücher für Küche u. Haus, in sehr guter Qualität . . . . . M.	500

**Nur** **BaerSohn** **Keine**  
ohne Verkaufszelle **Nur** **Chausseestraße 29-30** **Filialen mehr**



## Karl Habsburgs Geldgeber.

Vor wenigen Tagen erst, bei der Ratifikation des Trianonvertrages in der Kammer, hat Briand auf sozialistische Anpassung jede Unterstützung von Karl Habsburgs Osterreich durch das offizielle Frankreich in das Reich der Fabel verbannt, wobei er hinzusetzte, Monarchisten gebe es natürlich auch in Paris. Wir wollen Briands Erklärung nicht annehmen, da wir in Uebereinstimmung mit Lloyd George für „fair play“ sind. Aber man weiß längst, daß mächtige Kapitalinteressen von Ententebürgern von der Wiedereinsetzung der Habsburger, zunächst in Ungarn, die Wiedervereinigung der Donaumonarchie erwarten, die dann ein großes, geschlossenes Ausbeutungsgebiet sein soll, ohne die schweren Unbequemlichkeiten in Kauf zu bieten, die die Zerstückung Osterreich-Ungarns zur Folge hat. Nun aber wird die Verbindung dieser Kapitalinteressen nicht nur mit dem Karl-Büsch, sondern auch — mit großen französischen Zeitungen bekannt.

Zus London meldet die Dena:

Der „Sunday Express“ macht die sensationelle Enthüllung, daß das letzte Abenteuer Karl Habsburgs

von Sir Basil Zaharoff finanziert

worden ist, einem der einflussreichsten Mitglieder der europäischen Hochfinanz. Zaharoff, ein Mann von fabelhaftem Reichtum, ist russisch-gelehrter Abstammung und hat enorme Finanzinteressen in England und Frankreich. Ihm gehört halb Monte Carlo, er ist Hauptaktionär der englischen Vidars A. G. und der Hauptbeteiligte bei der Gründung der englisch-französischen Del-Interessengemeinschaft, gleichzeitig kontrolliert er eine Anzahl Banken.

Wir sind in der Lage, diese Mitteilungen noch ergänzen zu können:

Zaharoff, der heute hoch in den sechziger Jahren steht, kam vor etwa zwölf Jahren nach Paris, wo er großen Aufwand trieb. Mit seinem Geld, das die Rüstungsarbeiter des Konzerns Vidars-Morin-Schneider-Creusot ausausgelehrt und noch steigern, gründete er das große Pariser Blatt „Erektor“. Im Kriege schuf er als getreuer Freund Frankreichs die Depeschenagentur „Radio“. Es wird auch behauptet, daß er einen großen Teil der Aktien des „Figaro“ an sich gebracht habe, und wenn wir das auch nicht zu unserer Behauptung machen wollen, so ist die Haltung des „Figaro“ während des Karl-Putschs jedenfalls ein starkes Verdachtsmoment nach dieser Richtung.

Solche Verdienste um die gute Sache der Entente konnten natürlich nicht unbekannt bleiben, und so wurde Basil Zaharoff

Großoffizier der Ehrenlegion

und als Ritter des englischen Bathordens auch Sir.

Was uns sonst über die Beziehungen Zaharoffs zu sehr maßgebenden französischen Persönlichkeiten erzählt wird, denen er zwar unpolitische, aber desto angenehmere Dienste geleistet habe, wollen wir aus Höflichkeit und Galanterie verschweigen, denn wir doch noch bessere Menschen. Uns genügt es für heute, den Zusammenhang zwischen dem großen Geldack und der monarchischen Legitimität aufzudecken. Karl Habsburg aber sollte seinem Finanzpapa zu dem redlich verdienten und so stillgerechten Orden vom Goldenen Blech noch den Hoflieferantenittel verleihen, den andere Staatslenker infolge mangelhafter Verfassungseinrichtungen nicht vergeben können.

## Schweizer Parlamentsdebatte über Karl.

Bern, 9. Juni. (E.P.) Im Nationalrat wurden die Interpellationen der Nationalräte Grimm (Soz.) und Bossi (Radik.) über das dem früheren Kaiser Karl gewährte Asylrecht behandelt. Während die sozialdemokratische Interpellation in dem Verhalten des Kaisers, besonders in seiner Reise nach Ungarn eine Verletzung der Bedingungen des Asylrechts erblickt und die Frage stellt, ob dem Exkaiser der Aufenthalt in der Schweiz nicht zu verbieten sei, behauptet die Interpellation Bossi, daß man einen Druck auf Karl ausgeübt habe, um ihn zum Verlassen der Schweiz zu bewegen. Dieser Druck gehe von Kasaryk aus.

Bundesrat Motta erklärte, monarchistische Treiber in der Schweiz könnten nicht gebildet werden.

Zumeilen habe sich eine politische Tätigkeit Karls wahrnehmen lassen, doch ließen sich Beweise nie erbringen. Als man nach der mißglückten Ungarreise Karls die Rückkehr in die Schweiz provisorisch wieder genehmigte, handelte es sich nicht um die Person des Königs Karl, sondern um den Frieden von Europa. Die besonderen Umstände bei der Ausreise Karls im letzten Frühling waren nicht zu erfahren, sicher sei, daß Laver von Bourbon am 26. März aus Frankreich nach der Schweiz kam und sie über Basel wieder verließ. Jedenfalls stehe die Flucht Karls damit in Zusammenhang. Exkaiser Karl hat dem politischen Departement erklärt, daß keine unkorrekte Handlung eines Schweizerischen Beamten vorliege, daß er aber keine weiteren Entscheidungen machen könne. — Auf die Schweiz sei kein Druck ausgeübt worden, um die Ausreise Karls zu veranlassen. Doch hat Südblawien darauf aufmerksam gemacht, daß eine Rückkehr Karls nach Ungarn einen Krieg mit diesem Staat herbeiführen müßte. Jede Einmischung des Auslandes sei im Hinblick auf die Schweizerischen Souveränitätsrechte zurückgewiesen worden. Würde Karl seinen Versuch nochmals unternehmen, so würde er die Beziehungen der Schweiz zu den anderen Staaten gefährden. Der jetzige

Entschluß des Exkaisers, die Schweiz zu verlassen,

sei keineswegs unwillig. Der Nationalrat Grimm erklärte sich von der Beantwortung der Interpellation befriedigt.

Wenn aber nun wirklich kein Schweizerischer Beamter eine Anforerlichkeit begangen hat, dann gibt es bei der heutigen scharfen Kontrolle aller Grenzübergänge nur drei Möglichkeiten für Karls Ausreise: In kaiserlicher Würde bei Nacht und Nebel ausgerückt, als Hochtourist über die Gletscher gestiegen — oder als unantastbarer Ententeoffizier ganz legal mit hoheitsvollem Gruß nach Tirol hinübergeschickt!

## Arbeiterwahlsieg in England.

London, 9. Juni. (E.P.) Bei der Erstwahl zum Parlament in Dewsbury, Grafschaft Lancaster, siegte der Kandidat der Arbeiterpartei Hall mit 18 490 Stimmen. Der Kandidat der Koalitionsliberalen erhielt 18 125 und der der Liberalen 5671 Stimmen.

## Die nächste Tagung des Völkerbunds.

Paris, 9. Juni. Wie der „Temps“ mitteilt, wird die nächste Sitzung des Völkerbunds am 17. Juni in Genf eröffnet werden. Aus der Tagesordnung, die außerordentlich umfangreich ist, seien folgende Punkte hervorzuheben: die deutschen Proteste gegen die Anwesenheit französischer Truppen und die Anwendung der französischen Militärgerichtsbarkeit im Ruhrgebiet, gegen die Ausweisung von Einwohnern aus dem Ruhrgebiet und gegen die Schlichtung

# Deutsche Feldpolizei in Belgien.

Am Reichsgerichtspräsidenten gegen Stud. Ramdohr gab am Donnerstag der Schüler Robert van Waenenberghe, der 8 Jahre alt war, als er verhaftet wurde, an, er sei vom Angeklagten etwa 30mal geschlagen worden. Als er die Beschuldigungen zugegeben habe, sei er nicht mehr mißhandelt worden. Auf Befragen gibt er schließlich zu, gesehen zu haben, daß andere größere Jungen sich an den Draht der Eisenbahn zu schafften machten. Der 17jährige Fabrikarbeiter Franz van der Heyden ist seinerzeit vom Feldgericht zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt worden. Auch er will wie die anderen mit Gewalt zum Geständnis gezwungen worden sein. Er sei vom Angeklagten in eine Dunkelzelle bei Wasser und Brot gesperrt worden. — Der Angeklagte bestreitet dies energisch. — Der Zeuge widerruft heute sein Geständnis vor dem Feldgericht, obwohl dies in den Einzelheiten durchaus den Eindruck der Wahrheit gemacht haben soll. — Hilfsrichter Flagland aus Ludwigslund, der die Verhandlungen vor dem Feldgericht geleitet hat, hatte den Eindruck, daß die Untersuchung gegen die Eisenbahnarbeiter sehr gut vorbereitet und sachgemäß war. Er könne versichern, daß

vor dem Feldgericht keine Einwirkung

auf die Angeklagten erfolgt sei, und daß sie volle Freiheit hatten, ihre Geständnisse aufrechtzuerhalten oder nicht. Das Feldgericht habe seine Feststellungen nicht ausschließlich auf Grund der Konfessionellen Protokolle getroffen, sondern jeder einzelne Angeklagte sei frei zu Worte gekommen. Von Ramdohr habe er den besten Eindruck gehabt. Der Zeuge hält es für möglich, daß eine Fürsorgeziehung für die Strafmündigen angeordnet werden konnte. — Zwei weitere belgische Zeugen beschuldigen Ramdohr, ihnen Geständnisse abgenötigt zu haben. Ihre heutigen und die Aussagen vor dem Feldgericht widersprechen einander. — Zeuge Albert Bidts, der zu 2½ Jahren Gefängnis vom Feldgericht verurteilt wurde, will eine ganze Nacht hindurch an den Händen gefesselt an einem Haken aufgehängt gewesen sein. — Clovis van Hove hat vor dem Feldgericht sein Geständnis nicht widerrufen, weil ihm dort gesagt worden sei, er habe gestanden und es bleibe dabei. — Der deutsche Zeuge Flagland tritt jedoch dieser Aussage entgegen und wiederholt, daß vor dem Feldgericht jeder Angeklagte zu Worte gekommen sei. — Der belgische Zeuge Händler Frans de Landt ist vom Angeklagten verhaftet worden wegen Verdachts der Verbergung von Waffen. Er sagt aus, daß er in eine dumpfe Zelle gesperrt worden sei, daß in seinem Hause bei der Durchsuchung die Möbel demoliert und Bäume im Garten ausgerissen worden seien. Der Angeklagte erklärt dazu, daß die Hausdurchsuchung verborgene Waffen zutage gefördert habe, zwei Revolver und Munition sowie Seitengewehre, während der Zeuge alles abgegeben haben wollte. Von einer Demolierung des Hauses und des Gartens könne keine Rede sein. Der Zeuge ist seinerzeit bestraft worden, weil seine Angabe, daß er keine verbotenen Waffen besitze, falsch war. — Zeuge Vandrom van der Wonsbrugge aus Reederboulacre ist verhaftet worden, weil er Eisenbahnbrände in Unordnung gebracht haben sollte. Er ist während der Haft angeblich mißhandelt worden, kann aber nicht genau angeben, ob von dem Angeklagten.

Belgische Aerzte als Zeugen.

Der belgische Arzt Dr. van der Schueren aus Opperboulacre, der als Zeuge und Sachverständiger vernommen wird, ist seinerzeit unter dem Verdacht der Spionage verhaftet worden. Er hat einmal verhaftete Kinder weinen hören.

Seine Befundungen bleiben ebenso wie die Darlegungen zweier

anderer belgischer Aerzte im Hörsaalraum fast unverständlich. Es scheint aus ihnen hervorzugehen, daß Spuren von Mißhandlungen in ein bis zwei Fällen festgestellt wurden.

Der Zeuge Kaufmann Georg Vandom aus Forst, Gefängnisverwalter bei der Ciappenkommandantur Geeraardsbergen, bejaht die Frage, ob Beschränkungen der Kost und des Lichts von der geheimen Feldpolizei zu Disziplinarzwecken angeordnet worden seien; er kann aber nicht sagen, mer die Anweisung gegeben hat. Schreie eines gefangenen Knaben hat er ein einziges Mal gehört. Daß ein Gefangener einmal acht Tage nichts zu essen bekommen habe, hält er für ausgeschlossen. Mißhandlungen hat er nicht wahrgenommen. Auch hat sich niemals ein Gefangener über Deutsche bei ihm beschwert.

Oberregierungsrat Gahner-Berlin, Kriegsgerichtsrat beim Kommandanturamt, erklärt, daß

die Befugnisse der geheimen Feldpolizei nicht genau abgegrenzt

gewesen seien Welche Zwecke der Angeklagte mit der Einsperrung der Jugendlichen verfolgte, habe dieser ihm nicht gesagt. Die Vorgänge auf dem Bahnhof waren Kriegssperre, weshalb die Untersuchung der geheimen Feldpolizei überlassen wurde. Den Aussagen von Belgiern, namentlich von Kindern, habe er immer skeptisch gegenübergestanden. Er habe es erlebt, daß belgische Zeugen erst hoch und heilig versichert hätten, sie wüßten nichts, während sie eine halbe Stunde später das Gegenteil ausagierten. Ramdohr habe ihm den Eindruck eines wohlgerogenen, korrekten Mannes gemacht.

Kommerzienrat Robert Schwarz, Adjutant bei der Detachment Kommandantur Geeraardsbergen, erklärt, daß von eigentlichen Dunkelzellen keine Rede sein könne. Die Zellen seien lediglich durch Teilung größerer Zimmer entstanden, und es sei immer genug hell gewesen. Wenn irgendwelche Mißhandlungen vorgenommen wären, wäre ihm dies sicher von den Eltern der Kinder mitgeteilt worden, die ihm sämtlich bekannt waren.

Der Zeuge Vandom bemerkt, daß er bei seiner Vernehmung anscheinend mißverstanden worden sei. Er habe nicht sagen wollen, daß die Verdunkelung der Zellen angeordnet worden sei.

Nach Vernehmung einer Anzahl deutscher Zeugen, die den Angeklagten entlassen, führt der Sachverständige Polizeirat Bauer-München in seinem

Gutachten

u. a. aus: Im befehlten Gebiet habe der Grundbesitzer, ein Reinold vor einem deutschen Gericht sei kein Verbrechen. Auf Schädigung der Eisenbahntransporte sei Todesstrafe gesetzt worden und auch

einige Exempel statuiert

worden. Gerade die Kinder seien zu Spionagezwecken usw. verwendet worden. Es seien auch in den fraglichen Fällen Kinder dieser Tätigkeit überführt und deshalb verurteilt worden. Auf der Einmütigkeit des Präsidenten hält der Sachverständige nachmals die Festnahme von Kindern für gerechtfertigt, da die Kinder unschädlich gemacht werden mußten. Wenn sie ihren Eltern übergeben worden wären, so hätte dies den Deutschen gar nichts genutzt. Das Erzwingen von Geständnissen durch Mißhandlungen der Kinder hätte der Sachverständige nicht gebilligt. Vorschriften über die Aufnahme von Protokollen seien den Beamten der Feldpolizei nicht gegeben worden.

Hierauf wird die Beweisaufnahme geschlossen. Weiterverhandlung Freitag vormittag 10 Uhr.

Schluß der Sitzung gegen 9 Uhr.

in französischem Gelde für gewisse Beamte. Ueber diese Fragen soll der chinesische Delegierte berichten. Der japanische Delegierte wird über Angelegenheiten des Freistaates Danzig, dessen Verfassung, den Danziger Waffenhandel, die Verteidigung des Freistaates usw. berichten.

Venezelos Generalsekretär des Völkerbundes?

Wie von englischer Seite behauptet wird, soll Venezelos, der auf Einladung Lord Georges in London eingetroffen ist, zum Generalsekretär des Völkerbundes ernannt werden. Eine solche Ernennung wäre allerdings nur geeignet, den Rest des Vertrauens, das man in die Unparteilichkeit des Genl. Völkerbundes noch haben könnte, zu untergraben, denn der gestürzte griechische Ministerpräsident war doch nichts anderes, als eine Kreatur und ein treuer Diener der Entente.

## Siedlungswesen / Reichshaftpflichtgesetz.

In der gestern mittag fortgesetzten Debatte des Reichswirtschaftsrates zieht Urban (Arbeitnehmer) seinen Antrag zurück, nach dem Unternehmungen, deren Betriebe an verschiedenen Orten liegen, zur Tragung der Unkosten verpflichtet werden sollen, die den Betriebsräten aus den für die Wahl und die Berichterstattung erforderlichen notwendigen Zusammenkünften erwachsen.

Ueber den Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol erstattet für einen Sonderausschuß Bericht Kommerzienrat Unacht (Arbeitgebervertreter der Industrie). Die Vorlage hat im Ausschuß keine günstige Aufnahme gefunden, die Grenzen der Besteuerung sind allzu schwach bemessen. Die Rechte der Monopolverwaltung werden in der Vorlage viel zu weit erstreckt. Der Ausschuß hat die Vorlage im ganzen nicht ablehnen wollen, macht aber verschiedene Gegenvorschläge. Die Macht der Monopolverwaltung über die Spiritus verarbeitenden Industrien ist vom Ausschuß beschränkt worden und dem Beirat eine zweckmäßigere Bestimmung gegeben.

Darauf muß die Debatte abgebrochen werden, weil das Reichsfinanzministerium keinen Vertreter entsandt hat, der einige Fragen des Berichterstatters beantworten könnte.

Es folgt der mündliche Bericht des

Ausschusses für Siedlungs- und Wohnungswesen.

Dazu liegen zwei Ausschußentwürfe vor, von denen der erste fordert: Die als Entschädigung für Siedlungen ausgegebenen Rentenbriefe sollen auch für den Zinsempfangenden von der Kapitalertragsteuer befreit sein, wenn und solange der Zinsempfangende ein gemeinnütziges Siedlungsunternehmen oder Ausgeber der Rentenbriefe ist, die als Unterlage des Rentenbriefaufkommens dienen. Ein Abänderungsantrag Dr. Selion-Bläher fordert, daß die durch die Wohnungsabgabe ausgebrachten Mittel in der Regel dort zu verwenden sind, wo sie aufgebracht sind.

Dr. Häfel (Vertreter der Verbraucherseite) als Berichterstatter: Die Entwürfe der Wohnungsabgabe sollen reiflos für das ländliche Siedlungswesen nutzbar gemacht werden. Die ländlichen Siedlungsbauten sollen staatlich bevorzugt, die verfügbaren Truppenübungsplätze zu Siedlungszwecken herangezogen, dagegen soll verhindert werden, daß man in den einzelnen Ländern gut bewirtschaftete Güter enteignet. Der Erleichterung der Siedlungsarbeit soll die Befreiung aller diesem Zweck dienenden Geschäfte von öffentlichen Abgaben, Steuern usw. helfen. Die kleinen, wenig leistungsfähigen Siedlungen müssen finanziell unterstützt werden.

Oberbürgermeister Dr. Dellan (Vertreter der Verbraucherseite): Die Hälfte der Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge soll von den Landkreisen zu ländlichen Bauten verwendet werden. Das geschieht bisher leider sehr schablonenhaft. Man muß auch der Wohnungsnot der kleinen und mittleren Städte steuern und viel reichlichere Mittel zur Verfügung stellen.

Oberbürgermeister Bläher (Vertreter des Hausbesitzes) befürwortet gleichfalls den Abänderungsantrag.

Dr. August Müller und Dr. Häfel wenden sich gegen die Anträge, da die städtische Stellung hier nicht zur Behandlung stehe. — Die Abstimmung ergibt, daß der Abänderungsantrag Dr. Selion-Bläher ebenso wie der Auswahlantrag über die Befreiung der Rentenbriefe von der Kapitalertragsteuer mit großer Mehrheit abgelehnt wird.

Es folgt der Bericht des Verkehrsausschusses betr.

Abänderung des Reichshaftpflichtgesetzes.

Berichterstatter Generaldirektor Dr. Wuffow weist die unbedingte Notwendigkeit einer Revision des Gesetzes nach. — Gewerkschaftsleiter Rathmann (Strohhandelsgehilfen): Wir unterstützen den Antrag, nicht um die Bahnen zu sparen, sondern aus bloßem Gerechtigkeitsgefühl. — Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Es folgt der Bericht des Ausschusses zur Heranbildung unserer wirtschaftlichen Kräfte, in dem beantragt wird, zum Zwecke der wirtschaftlichen Fortbildung der merkwürdigen Kräfte ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Nachdem der Berichterstatter Schloffer Czizik auf die Notwendigkeit betriebstechnischer und volkswirtschaftlicher Lehrgänge hingewiesen hat, wird der Antrag einstimmig ohne Aussprache angenommen.

Nach Eröffnung der Tagesordnung vertagt sich das Haus auf Freitag 9½ Uhr vormittags: Branntweinmonopol, Aufstellung einer Geschäftsordnung, Tabaksteuergesetz, Ausbau von Kanal- und Talperrern, Belastung der Sparkassen durch Kriegsanleihen, Feststellung der im Ausland befindlichen Vermögenswerte, Ausbau der Handelsstatistik. — Schluß 2 Uhr.

Disziplinarverfahren gegen Amtsrichter Hoene. Der „Vorwärts“ berichtet vor einiger Zeit über den Amtsrichter Hoene beim Amtsgericht Reutlingen, der sich weigert, den Personen, die er zu verurteilen hat, den Eid in der nichtreligiösen Form abzunehmen und sogar in einem Falle mit Bestrafung und Aufsehung von Kosten gedroht hat, weil er „am alten festhält“. Hieran teilt der „Preussische Pressedienst“ mit, daß der preussische Justizminister Schritte getan hat zur Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen Amtsgerichtsrat Hoene.

Mara Jettin in Riga verhaftet. Wie der Rigaer Korrespondent der „Dena“ dröhrt, wurde die kommunistische Reichstagsabgeordnete Mara Jettin auf der Durchreise nach Moskau, wo sie am dort stattfindenden Kongreß der Dritten Internationale teilzunehmen beabsichtigte, in Riga von der dortigen politischen Polizei verhaftet und einer Visitation unterzogen. Auf den sofort erfolgten Protest des deutschen Geschäftsträgers beim lettischen Außenministerium wurde Frau Jettin nach mehrstündiger Festhaltung freigelassen.

Dem Gesetz über die Beschränkung des Luftfahrzeugbaues, das einer Forderung der Entente auf Grund des Friedensvertrages entspricht, stimmte der Reichsrat gestern zu, unter Hinzufügung eines von den Ausschüssen angenommenen Paragraphen, wonach der durch das Gesetz geschädigte Luftfahrzeugindustrie Ersatz aus Reichsmitteln gewährt werden soll. Die Regierung erklärte sich gegen diese Entschädigung. Dem Gesetzentwurf über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes bis zum 31. März 1922 stimmte der Reichsrat zu. Endlich wurde nach der Gesetzentwurf über ein deutsch-belgisches Abkommen, betreffend die soziale Versicherung in den abgetretenen Gebieten, angenommen.

Auch die Südafrikanische Union gibt bekannt, daß sie nicht beabsichtigt, ihr Verfallensrecht der Beschlagnahme des Eigentums deutscher Staatsangehöriger auszuüben, falls Deutschland vorläufig seinen Reparationspflichten nicht nachkommt.

Der Horthyprozeß gegen Rabbiner Löw, über welches Symptom ungarischer Zustände wir jüngst berichteten, ist eingestellt, soweit er auf Hochverrat ging, wird aber wegen Horthybeleidigung weitergeführt. Der angeklagte Greis ist auf freien Fuß gesetzt.

In Argentinien ist durch Gesetz der Achtstundentag eingeführt worden.

# 12. Verbandstag der Holzarbeiter.

Hamburg, den 8. Juni 1921.

Nach einer Berichterstattung der vorbereitenden Antragskommission sprachen Kasper und Larnow die Schlussworte, die teilweise zu einer recht lebhaft zugelegten Zurückweisung einiger Dispositionen wurden. Als Gesamtindruck der ganzen Diskussion des Vorstandsberichts konnte Larnow konstatieren, daß die Kritik sich in durchaus möglichen Grenzen bewegt habe und daß trotz der Einzelausschreitungen meist anerkannt wurde, daß der Vorstand getan und auch erreicht hat, was in seinen Kräften stand und in der Möglichkeit lag.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Seit mehr als Jahresfrist liegt die Holzindustrie unter dem Druck einer schweren Krise. Viele tausende Holzarbeiter sind durch langanhaltende Arbeitslosigkeit und Verdienstaustausch infolge Kurzarbeit in schwere und unerschütterte Not geraten. Angesichts dieser Tatsache fordert der Verbandstag die

### Schnelle Durchführung der 10 Punkte des ADB.

zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Fürsorge muß in erster Linie in der Beschaffung von Arbeit bestehen. Soweit aber Arbeit nicht beschafft werden kann, muß den Erwerbslosen und Kurzarbeitern mit ihren Angehörigen durch ausreichende Unterstützung die Existenzmöglichkeit gewährleistet werden.

Der Verbandstag erkennt, daß das Arbeitslosenproblem endgültig nur gelöst werden kann durch die Umstellung der privaten Profitwirtschaft in eine planmäßig organisierte Bedarfswirtschaft. Diese Umstellung muß sofort vorgenommen werden bei der Durchführung aller wirtschaftlichen Aufgaben mit öffentlichen Mitteln. Dazu gehören insbesondere die Leistungen und Lieferungen Deutschlands auf Grund des Friedensvertrages und in der inneren Wirtschaft die Erstellung von Bauten mit öffentlichen Zuschüssen sowie die Vergabe von Staatsaufträgen. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Inangriffnahme dieser Aufgaben beschleunigt und die Mitwirkung des Verbandes bei der Vergabe der Aufträge und der Überwachung der Arbeiten sichergestellt wird.

### Erfüllung der Wiedergutmachungsforderungen

und die dringend notwendige Erstellung von Bauten im Inland müssen von steigender Bedeutung für die Holzwirtschaft werden. Bei Aufrechterhaltung der freien Wirtschaft auf dem Holzmarkt würde durch den starken Holzbedarf erneut die Gefahr eines maholnen Holzwuchers in greifbare Nähe gerückt sein. Der Verbandstag erneuert deshalb seine Forderung auf gemeinwirtschaftliche Regelung der Holzwirtschaft und erwartet von den gesetzgebenden Körperschaften und den Regierungen die alsbaldige Durchführung geeigneter Maßnahmen.

Gegen wenige Stimmen auch ein Zusatzantrag: „bei der Regierung den Erlass einer Notverordnung zu erwirken, daß für alle Betriebe, in denen mehr als 5 Proz. Kollegen arbeitslos sind, eine Kürzung der Arbeitszeit eintritt, um die Arbeitslosen zu beschäftigen.“

Für die Punkte 6 und 7 der 10 Punkte soll unverzüglich die ganze Arbeitermacht eingeleitet werden.

Ferner gegen wenige Stimmen: „Der Verbandstag erklärt sich mit den Maßnahmen des Vorstandes in allen Auseinandersetzungen mit der Zahlstelle Halle einverstanden und erwartet von ihr, daß sie den Anweisungen des Vorstandes Rechnung trägt.“

Einstimmig wurde der Vorstand beauftragt, Maßnahmen vorzubereiten, die die Herabsetzung der Luxussteuer betreffen, weiter seinen Einfluß zu

### Preisherabsetzung der Lebensmittel

geltend zu machen. Zur Berücksichtigung wurde dem Vorstand ein Antrag überwiesen, für Herabsetzung der Erwerbslosenfürsorgegebühren dahingehend einzutreten, daß die Unternehmer durch einen Beitrag pro Kopf der Beschäftigtenzahl zur Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosen herangezogen werden.

Weiter wurde beschlossen, den Anteil des Verbandes am Verband sozialer Baubetriebe auf 100.000 M. zu erhöhen. Ferner: Das Holzarbeiterjugendblatt in größerer Auflage und mindestens einmal monatlich, das Frauenblatt alle 14 Tage als Beilage herauszugeben — diese beiden Beschlüsse mit der Mobilisierung, daß der Verbandstag dem Vorstand für die Ausführung freie Hand läßt. Die Anstellung Dr. Cassius zu den vom Vorstand berichteten Bedingungen wurde einstimmig genehmigt.

Zum Pressebericht wurde folgende Resolution angenommen:

„Die „Holzarbeiter-Zeitung“ ist das Organ des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Die Redaktion ist verpflichtet, das Blatt im Sinne der vom Verbandstag gegebenen Richtlinien und in Uebereinstimmung mit der Verbandsleitung zu redigieren.“

Im Hinblick darauf, daß der Deutsche Holzarbeiterverband dem ADB, der Internationalen Union der Holzarbeiter und dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen ist, hat auch die „Holzarbeiter-Zeitung“ die von den berufenen Organen dieser Körperschaften gefassten Beschlüsse gebührend zu beachten.

### Die „Holzarbeiter-Zeitung“ soll

von gesundem, gewerkschaftlichem Geist erfüllt

sein. In den wirtschaftlichen Kämpfen der Holzarbeiter hat sie deren Interessen wahrzunehmen. Sie soll des Verdienstes der Kollegen für die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge fördern, ihnen das Wesen des Sozialismus nahebringen und dadurch zu ihrer Erziehung zu Klassenkämpfen beitragen.

Der sozialpolitischen Geistesgebung und ihrer praktischen Auswirkung soll sie besondere Aufmerksamkeit widmen, aber parteipolitische Auseinandersetzungen nach Möglichkeit vermeiden.

Die Versuche, die „Holzarbeiter-Zeitung“ in den Dienst einer politischen Partei zu stellen, muß die Redaktion verhindern. Die parteipolitische

### Zerissenheit des Proletariats ist ein Unglück

für die Arbeiterklasse und für die Holzarbeiter. Deshalb soll die „Holzarbeiter-Zeitung“ die Einigkeit der Arbeiterklasse fördern; sie muß die Bestrebungen abwehren, die darauf hincielen, die Uneinigkeit zu schüren, insbesondere durch die Bildung kommunistischer Zellen in den Gewerkschaften und in unserem Verband. Den Mitarbeitern steht das Verbandsorgan zur Erörterung gewerkschaftlicher Fragen zur Verfügung. Die Redaktion hat jedoch darüber zu wachen, daß dabei die vorgenannten Richtlinien beachtet werden.

Der Verbandstag erkennt an, daß die Redaktion bemüht war, den ihr obliegenden Verpflichtungen gerecht zu werden. Indem der

Verbandstag dem Proletariat des Vertrauens ausspricht, erklärt er die Anträge, welche die „Holzarbeiter-Zeitung“ zum Gegenstand haben, für erledigt.“

Eine Erweiterung der Rechte der Preiskommission sowie ein Antrag auf Neuwahl der Redakteure auf jedem Verbandstag war zugleich damit abgelehnt.

Auf Antrag der Revisionskommission, die Bücher und Belege in bester Ordnung befunden, wurde dem Kassierer König Entlastung erteilt und auf ihren weiteren Antrag beschlossen, daß zu-

## Achtung, Eisenbahner!

Viele von Euch haben Ihr Wahlrecht noch nicht ausgeübt. Eilt, um das Veräuferte nachzuholen. Wer wirklich die Interessen der Eisenbahner fördern will, wählt

Liste Willy Schulz!

künftig die Revision der Bücher durch die Vorbereitungscommission vor dem Verbandstag stattfinden soll.

Einem mit starkem Beifall aufgenommenem Referat des Vorstandsmitgliedes Jahn über „Aufgaben und Organisation der Betriebsräte“ hatte der Referent Beifall zugrunde gelegt.

Die nicht geschlossene Debatte über das Referat wird zu Ende geführt werden im Anschluß an zwei Referate über „Lohn- und Vertragsbewegungen“, mit denen der Verbandstag in geschlossener Sitzung beginnt.

## Gewerkschaftsbewegung

### Die Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet.

Die Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet sind nunmehr abgeschlossen. Das Ergebnis ist für die freien Gewerkschaften außerordentlich erfreulich. Im Gegensatz dazu haben die radikalen Richtungen, insbesondere die Kommunisten, eine ganz gehörige Schlappe erlitten. Während die freien Gewerkschaften allein 1226 Betriebsratsmitglieder erhalten haben, zählen die anderen fünf Vereinigungen zusammen 1402 Vertreter. Davon entfallen auf die christlichen Gewerkschaften 434 und auf die Polnische Berufsvereinigung 106. Für die Arbeiter-Union, die Syndikalistin und Kommunisten bleiben danach ganze 862 Betriebsratsvertreter übrig. Den Löwenanteil davon schließt die Freie Arbeiter-Union (Gelsenkirchener Richtung), die 670 Vertreter hat, dann folgt in sehr weitem Abstand die Freie Arbeiter-Union (Berliner Richtung) mit 120 Vertretern und ganz zum Schluß trotzt die „Revolutionäre Massenpartei“ mit 72 Delegierten einher.

Die Kommunisten posaunen tagtäglich in die Welt hinaus, daß sie die einzig richtige Arbeiterpartei geschaffen haben, daß hinter ihnen ungeheure Massen stehen und daß nur die wenigen anderen, die noch den „Arbeiterverrätern“, den „Gewerkschaftsbänken“, nachlaufen, zu ihr kommen müssen, um im Ru den Sieg des Proletariats zu erringen. Bei geheimen Abstimmungen zeigt sich aber dann, daß die Kommunisten regelmäßig ins Hintertreffen geraten. Immer mehr erkennt die Arbeiterschaft, daß mit dieser Partei keine Vorbeeren zu holen sind, daß man mit Proleten die Welt nicht erobern, aber um so besser die Interessen der Arbeiter schützen kann. Das Abstimmungsergebnis zeigt, daß selbst im Ruhrgebiet die Blütezeit der Kommunisten vorüber ist. Darüber läßt sich auch nicht die beachtenswerte Stärke der Arbeiter-Union hinweg. Denn auch sie läßt sich wie die Kommunisten fleißig im Spalten, und auch sie werden eines Tages die traurige Erfahrung machen müssen, daß die deutsche Arbeiterschaft jetzt genug Proleten gehört hat, daß ihr Bedarf an Spaltung gedeckt ist, daß sie erkannt hat, nur Einigkeit und praktische, zielbewusste Arbeit, wie sie die freien Gewerkschaften leisten, kann uns unseren Zielen näherbringen!

### Deutschnationaler Arbeitsnachweis.

Als der Krieg beendet und nach der Revolution die Macht der arbeitenden Klasse bedeutend gestärkt war, da verschwand auch mit einem Schlag der alte Gegner der modernen Arbeiterbewegung, die gelbe Werkvereinsbewegung. Doch je länger und schärfer der Bruderkampf zwischen den sozialistischen Parteien und innerhalb der freien Gewerkschaften geführt wurde, desto dreister trat das Unternehmertum auf, und auch die gelben Werkvereine feiern bereits wieder ihre Auferstehung. Wie innig die reaktionären Parteien mit den Unternehmern zusammenarbeiten und für die Stärkung der „wirtschaftsfriedlichen“ Werkvereinsbewegung eintreten, zeigt folgendes Beispiel.

In Halle wie überhaupt in Mitteldeutschland hat die freie Gewerkschaftsbewegung infolge der kommunistischen Taktik eine arge Schlappe erlitten. Das wird von dem Unternehmertum und seinen Trabanten natürlich klug ausgenutzt. Das zeigen die Bestrebungen der Mansfelder Bergherren auf Herabsetzung der Schichtlöhne und die Bauarbeiterausperrung in diesem Bezirk. Selbst der öffentliche Arbeitsnachweis wird sabotiert, und der Arbeitssuchende gezwungen, sich der Vermittlung seiner schlimmsten Gegner zu bedienen. Die Deutschnationale Volkspartei hat nämlich ihr Parteibureau in Halle zu einem regelrechten Arbeitsnachweis eingerichtet. Nachstehendes Schreiben, das uns von einem Arbeiter zur Verfügung gestellt wurde, liefert dafür den besten Beweis.

„Wir nehmen Bezug auf Ihre Vorstellung in unserm Bureau, bei der Sie um Vermittlung einer Arbeitsstelle baten und teilen Ihnen heute mit, daß wir, falls Sie noch darauf reflektieren, Sie bei einer Firma in Leuna unterbringen können.“

Sollten Sie gewillt sein, dort zu arbeiten, so bitten wir, bei uns vorzusprechen zu wollen und sich ein Befürwortungsschreiben in der Geschäftsstelle ausshändigen zu lassen.“

Mit deutschem Gruß  
Deutschnationale Volkspartei, Volksverein Halle und Saalkreis.  
Pösch.

Der Arbeiter hat allerdings verzichtet, sich durch das Wohlwollen einer ergreaktionären Partei in Lohn und Brot bringen zu lassen. Er hat aber bei seinem ersten Besuch in dem Bureau der Deutschnationalen Volkspartei gesehen, daß sich verschiedene Arbeiter dort eingefunden hatten, woraus hervorgeht, daß die Arbeitsvermittlung dort im großen betriebten wird. Daran, daß die Einrichtung eines Arbeitsnachweises im Bureau der Deutschnationalen Volkspartei die Bararbeit für die Errichtung gelber Werkvereine in den Betrieben, braucht wohl nicht gezwweifelt werden. Kennt man doch die Wesensverwandtschaft dieser beiden arbeitserfeldlichen Institutionen. Ihnen kann das Wasser nur abgegraben werden, wenn das Vertrauen zu den freien Gewerkschaften wiederkehrt und nicht in unerantwortlicher Weise von gewisser Seite ständig Mißtrauen gegen die Führer geföt wird. In der Einigkeit der freien Gewerkschaftsbewegung werden auch die schwarzen Pläne des Unternehmertums scheitern.

### Streikende in Waldenburg.

Waldenburg, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Belegschaften der niederschlesischen Gruben sind heute morgen in ihrer großen Mehrheit eingetroffen. Der Streik ist damit beendet.

### Russische Gewerkschaftsstatistik.

Anlaßlich des Moskauer Allrussischen Gewerkschafts-Kongresses bringt die Sowjetpresse eine Reihe von statistischen Angaben über die russischen Gewerkschaften. Die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder in der föderativen Sowjetrepublik beträgt gegenwärtig 6.800.000. Von den einzelnen Gewerkschaften wird die Mitgliederzahl für die Metallindustrie auf 535.000, die Nahrungsmittelindustrie auf 220.000, die Textilindustrie auf 300.000, die händischen Betriebe auf 170.000, die Lederindustrie auf 187.000, die Tabakindustrie auf 42.000 angegeben. Ende 1920 betrug sie der Moskauer „Pravda“ (Nr. 200 und 289) zufolge 900.000 für das Transportwesen, 820.000 für die Kohlenindustrie und Bergbau, 103.000 für das Post- und Telegraphenwesen, 123.000 für die chemische Industrie, 45.000 für die Leder- und 35.000 für die Konfektionsindustrie, 998.000 für das Sowjetverwaltungswesen, 535.000 für das Sanitätswesen, 238.000 für das Bildungswesen, 125.000 für die Kunstanstalten. In einem Bericht an den Kongress über den Stand des Kampfes mit dem Analfabetismus wurde mitgeteilt, daß die Zahl der Analphabeten unter den Gewerkschaftsmitgliedern 60 Proz. für das Nahrungsmittelwesen, 75-80 Proz. für Landwirtschaft und Forstwesen, 70-80 Proz. für die händischen Betriebe, 60 Proz. für die Textilindustrie, 75-80 Proz. für die Tabakindustrie und 2 bis 3 Proz. für das Sowjetverwaltungswesen betrage. Von den Eisenbahnern seien etwa 60 Proz., von den Schiffarbeitern 25-27 Proz., dagegen von den Metallarbeitern nur etwa 12 Proz. Analphabeten.

### Internationale Streiknachrichten.

Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der englischen Textilindustrie werden am Freitag in Manchester zu Verhandlungen zusammenkommen. Man hofft, daß durch diese der Streik beendet wird.

In der Bewegung der italienischen Staatsbeamten macht sich ein starker Druck Bolschewits bemerkbar. Er setzt an die Stelle der Entlassenen zum Dienst fähige Kriegsinvaliden, Kriegswitwen und -waisen. Die Streikenden sollen erklärt haben, den Ausstand sofort abzubrechen, wenn die Bestrafungen rückgängig gemacht werden. Eine solche Forderung erscheint aber nicht möglich, höchstens auf große Schwierigkeiten. Ins Telephonamt zu Rom werden nach der militärischen Befehlung nur noch solche Beamte eingelassen, die sich bereit erklären, den vollen Dienst auszuüben.

Aus Belgien wird gemeldet, daß in der Provinz 11.000 Kohlenarbeiter als Protest gegen die Lohnreduzierung in den Streik getreten sind.

Landarbeiterstreik in Bayern. Im Bezirke Starnberg ist ein Landarbeiterstreik ausgebrochen. Auf sieben größeren Gütern sind gegen 400 Arbeiter in den Streik getreten. Ein vom Landes-Einigungsamt gefällter Schiedsspruch mit höherer Entlohnung war von den Arbeitern als unzureichend abgelehnt worden.

Bei Beendigung des Textilarbeiterstreiks in Baden ist zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern vereinbart worden, daß die Arbeit wieder aufgenommen und über die Lohnfrage vor einem Schiedsgericht verhandelt werden soll.

Zustriedene Arbeiter. Zu dieser Kottz in Nr. 225 teilt uns Herr Jakob Hofmann, Franzstr. 6, mit, daß er nicht mehr Inhaber der Firma ist und dieselbe jetzt E. J. Hofmann Kaffee-Firma.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Vorpapierbranche: Freitag 5 1/2 Uhr in den Sophien-Gärten, Sophienstr. 17/18, Versammlung aller in den Chromo- und Photo-Berufen Beschäftigten. Bericht von der Lohnverhandlung.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Wiedt, Berlin. Verlag: Societäts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag Dr. C. J. Neumann, Neudammstr. 2, Berlin. Einbinder: J. C. Neumann, Neudammstr. 2, Berlin. 1. Auflage.

**Dujardin**  
das köstlichste  
**Weinbrand.**  
DUJARDIN & Co. G. m. b. H. ÜRDINGEN a. Rh.  
L'AROCHELLE (COGNAC-CHARENTE MARITIME)

General-Vertreter für Groß-Berlin und Brandenburg:  
**Ernst Moritz, Charlottenburg, Kaiserdamm 114**  
Telephon: Amt Wilhelm Nr. 4940 und 4941.

für Herren- u. Damen-Bekleidung  
**Stoffe**  
„Aparie Neuheiten“ Verkauf meterweise  
**Koch & Seeland** G. m. b. H.  
Gertraudenstraße 20-21

# Das Haus für Volkskleidung - Rohnen & Jöring, Berlin, Alexanderstraße 12, Rosenthaler Straße 53, Landsberger Allee 148, Neukölln, Bergstr. 61

bringt heute folgendes besonders günstiges Angebot: **Sport-, Touristen-, Wandererkleidung**

- Sportanzüge** Loden- und Manchesterstoff: M. 325.- 390.- 490.- 550.- 650.-
- Sportjoppen** aus Loden und Manchester: M. 95.- 120.- 190.- 275.- 350.-
- Sporthosen** haltbare Stoffe und Manchester: M. 95.- 150.- 190.- 250.- 290.-

- Lodenmäntel** . . . M. 250.- 290.- 350.-
- Gummimäntel** . . . M. 290.- 390.- 490.-
- Gummipelerinen** M. 55.- 65.- 75.-
- Fußball-, Turnhosen** blau u. weiß M. 24.- 35.-
- Sporthemden ♦ Sweaters ♦ Jerseys ♦ Rucksäcke**

- Sommerjoppe** . . . M. 49.- 65.- 95.-
- Litewka-Joppe** . . . M. 39.- 55.- 160.-
- Hosen** mod. Streifen M. 65.- 75.- 95.-
- Arbeitsjoppe** M. 39.- 49.- 65.- 95.-

- Ganz außergewöhnlich billig!**
- Moderne Anzüge** für Herren 390.- 490.- 575.-
  - Jünglings-Anzüge** 147.- 290.- 350.- 390.-
  - Knaben-Anzüge** . . . 75.- 90.- 115.- 150.-
- Wickel- und Ledergamaschen, Sportschuhe, Sportkragen, Mützen, Gürtel, Trikots, =